

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 240 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, den 27. Oktober 1934

Chefredakteur: M. Braun

Wann wird Torgler befreit?

Seite 2

Die 532 000 Abstimmungs-
berechtigte

Seite 3

Das Volkseinkommen
gesunken

Seite 4

Nach dem Verbot

Wir und der Schutz des derzeitigen deutschen Staatsoberhauptes an der Saar

Die zwei Wochen Verbot der „Deutschen Freiheit“ durch die Regierungskommission des Saargebietes sind vorüber. Wir sind wieder da.

Das Verbot hat einen sehr sachlichen, im Hinblick auf unseren bedenkenlosen Gegner wahrscheinlich zu sachlichen Aufsatz, der sonst vielleicht nicht genug beachtet worden wäre, dick unterstrichen. So hat denn dieser Leitartikel nach dem Verbot zweifellos stärker gewirkt als vorher. Im übrigen ist die von uns vor zwei Wochen aufgestellte These über die politischen Ruinierher des Attentats von Marseille inzwischen von der gesamten politischen Presse außerhalb der Zuchthaus-Journalistik des „dritten Reiches“ bestätigt worden. Doch zahlreiche Spuren der terroristischen kroatischen Organisation nach Berlin weisen, wurde inzwischen allgemein bekannt. Wir haben von unserer seinerzeitigen politischen Untersuchung nichts zurückzunehmen. Was vor zwei Wochen für viele nur Vermutung war und infolgedessen in dem inkriminierten Artikel nicht einmal angedeutet wurde, ist inzwischen durch Tatsachen hinreichend belegt: die Verbindung zwischen den kroatischen Terroristen und führenden deutschen Nationalsozialisten.

Die Regierungskommission des Saargebietes bringt uns nicht gerade Wohlwollen entgegen. Als wir im vorigen Jahre zum ersten Male sündig wurden, hat sie uns sofort für eine Woche unterdrückt, während bei der gleichgeschalteten Presse des Saargebietes gemeinhin nur Verbote von einigen Tagen ausgesprochen werden, obwohl es sich da meist nicht um das erste Verbot handelt. Das damalige Verbot der „Deutschen Freiheit“ erfolgte wegen einer aus dem „Neuen Vorwärts“ übernommenen Karikatur Hindenburgs, die nirgendwo in der Welt außerhalb des Saargebietes zum Anlaß eines Verbotes oder auch nur einer behördlichen Rüge oder Verwarnung genommen worden ist. Die Karikatur war hart, aber treffend. Sie zeigte den damaligen Reichspräsidenten als willenloses Werkzeug des nationalsozialistischen Parteiführers und seiner Gehilfen. Daß sie die Wahrheit enthielt, wird wohl heute niemand mehr bestreiten wollen.

Obwohl wir in der langen und doch gewiß recht bewegten Zeit seit dem vorjährigen Verbot keine Ursache mehr zu einer Maßregelung gegeben haben, ist nun eine doppelt lange Verbotsdauer über uns verhängt worden.

Peinlich ist es, allerdings nicht für uns, daß das Verbot erst zugestellt wurde, als es die nationalsozialistische und die gleichgeschaltete Presse des Saargebietes unter Verdrehung und Verfälschung des Aufsatzes „Ruinierher des Attentats“, ja unter der Drohung von Handgreiflichkeiten gegen uns gefordert hatte. So ist bei vielen unserer Freunde, wie aus zahlreichen Briefen an uns hervorgeht, der unberechtigte Eindruck erweckt worden, als hätte die Regierungskommission unter dem Druck der sogenannten „deutschen Front“ oder gar auf diplomatische Vorstellungen aus Berlin gehandelt.

Das Verbot der „Deutschen Freiheit“ ist erfolgt, weil nach der Ansicht der Regierungskommission des Saargebietes in dem Artikel „Ruinierher des Attentats“ eine Beschimpfung des Staatsoberhauptes des Deutschen Reiches enthalten ist.

Welche Gefühle uns gegen den Parteitagator befeelen, der auf sehr eindeutige Weise Reichsführer wurde und sich sein Amt durch eine Volksabstimmung, die ein Spott auf Freiheit und Recht war, bestätigen ließ, ist hinreichend bekannt. Wir haben unsere Meinung über den deutschen Diktator nie verhehlt und haben die Genußnahme, daß uns heute Millionen und aber Millionen innerhalb und außerhalb des Reiches zustimmen, die einst von Uebertreibungen der „Emigrantenpresse“ gesprochen haben. Steis haben wir es aber für überflüssig gehalten, Herrn Adolf Hitler zu „beschimpfen“. Es hat uns immer genügt, seine Worte und seine Taten und die seiner Kreaturen sprechen zu lassen.

In dem von dem Verbot betroffenen Aufsatz war nichts anderes dargelegt, als daß die Außenpolitik des derzeitigen Regimes im Reich durch die Tatsache der Ermordung Alexanders und Barthaus gewisse Chancen, mindestens aber eine Verzögerung in dem Spiel um Mussolini erlangt hat. Nur durch Mißdeutung eines einzigen Satzes, die unmöglich wird, wenn man den Aufsatz, was doch vor-

ausgesetzt werden muß, in seinem Zusammenhange liest, konnte die Presse der „deutschen Front“ ihre Verbotsforderung begründen. Das für Geschäftemacher und Heuchler in der gleichgeschalteten Presse geheiligte Wort „Hitler“ gab ihr den Anlaß zu der Verbotshege.

Die Verordnung der Regierungskommission schützt Staatsoberhäupter, auch den einstweiligen deutschen Reichsführer. Sie berücksichtigt aber nicht, daß es praktisch zu einem Schutze nationalsozialistischer Parteidemagogie führen muß, wenn man Herrn Adolf Hitler ohne Einschränkung denselben Schutz gegen Presseangriffe gewähren will, wie etwa dem König von England oder dem Präsidenten der französischen Republik.

Staatsoberhäupter in politisch zivilisierten Ländern steigen nicht in die Arena der Parteikämpfe hinab. Sogar für das Italien Mussolinis trifft das zu. Man wird nicht erleben, daß eine der europäischen Majestäten oder einer der gewählten Staatsoberhäupter außerhalb des „dritten Reiches“ durchs Mikroskop in die Welt brüllt und seine politischen Gegner als den Abschaum und den Auswurf der Nation verkleumet. Das derzeitige deutsche Staatsoberhaupt tut es. Es gibt an der Saar keine Verordnung, die dem deutschen „Führer“ und Reichskanzler unterlag, durch zehntausende Lautsprecher im Saargebiet die Republikaner, die Pazifisten, die oppositionellen Katholiken, die Nazisisten mit den ehrenrührigsten und schmerzlichen Invektiven und mit der nationalen Redung zu belegen. Aber es gibt eine Verordnung, die den moralisch Mißhandelten verbietet, in einer Weise zu antworten, die dem Angriff entspricht.

Wen schützt denn eigentlich die Verordnung der Regierungskommission? Es wäre dringend erforderlich, darüber eine zuverlässige Auskunft zu erhalten. Adolf Hitler ist Staatsoberhaupt. Er ist aber auch zugleich als Reichskanzler verantwortlicher Träger der Gesamtpolitik des „dritten Reiches“. Er ist als absoluter Chef der NSDAP der Verantwortliche für die Taten und Untaten dieser barbarischen politischen Bewegung. Die Staatsjugend trägt seinen Namen und wird in einem Geiste erzogen, den wir mit der gesamten Kulturwelt für Rohheit halten. Er ist Oberster Gerichtsherr und verhängt Todesurteile ohne die in zivilisierten Ländern üblichen Rechtsgrundlagen und Rechtsverfahren und rühmt sich zugleich an der Vollstreckung der Urteile, die anderswo Scharfrichtern und Henkern überlassen bleibt, unmittelbar mitgewirkt zu haben. Er ist oberster Kommandant der SA und SS, über deren sadistische Folterarbeit in Konzentrationslagern und Gefängnissen das Material bergehoch aufgeschichtet ist. Er ist schließlich auch Oberbefehlshaber der Reichswehr, und diese Aufzählung seiner Ämter und seiner Betätigung neben der Reichsführerwürde ist noch sehr unvollständig.

Täglich versichert uns die Presse der „deutschen Front“, Herr Hitler und das deutsche Volk seien eins. Alles, was

in Deutschland geschehe, komme aus der Allmacht, Allgegenwart und Allwissenheit Adolf Hitlers. Das mag man je nachdem für Gotteslästerung oder für Verächtlichkeit halten, aber es steht in deutsch geschriebenen Zeitungen.

Das Wort „Hitler“ ist längst etwas anderes als der Name des derzeitigen deutschen Staatsoberhauptes. Es ist die Kennzeichnung des jetzigen deutschen Staatssystems, einer brutalen Parteidiktatur mit allen ihren die ganze Welt mit Entsetzen erfüllenden Auswirkungen. Es ist allerdings auch die messianische Hoffnung einer von Bahnvorstellungen besessenen Volksmasse, die bereit ist, mit Feuer und Schwert für die Ausbreitung des Hitlerismus zu wirken, wie je fanatisierte Eiferer in der Menschheitsgeschichte.

Darum ist es verfehlt, die Person und den Begriff „Hitler“ in eine Verordnung zum Schutze von Staatsoberhäuptern aufzunehmen, die lediglich repräsentative und traditionelle Aufgaben erfüllen und sich politisch nur mit der größten Reserve äußern. Wird, wie im Saargebiet, das „Hitler“ ohne Einschränkung als Staatsoberhaupt geschützt, so wirkt eine solche Verordnung objektiv als ein Schutz der alle offiziellen deutschen Lebensäußerungen total erfassenden nationalsozialistischen Partei und als eine Behinderung ihrer Gegner.

Die Verordnung der Regierungskommission macht in ihrer jetzigen Auslegung eine offene und freimütige Beurteilung der Persönlichkeit Hitlers und seiner Bewegung geradezu unmöglich. Es ist aber undenkbar, diesen Hitler, seine Eigenschaften und seine Taten im Abstimmungskampfe unberührt zu lassen, denn es geht ja in diesem geschichtlichen Ringen an der Saar gerade um die Losungen „Für Hitler“ und „Gegen Hitler“. Als deutsche Hitlergegner, die in der Diktatur Hitlers ein Unglück und eine Schande für unser Vaterland erblicken, wehren wir uns mit Ernst und Nachdruck gegen die jetzige Anwendung einer Verordnung, die im Abstimmungskampfe statt eines Schutzes des deutschen Staatsoberhauptes zu einem Schutzwall für die hitleristische sogenannte „deutsche Front“ werden muß.

Jedes Staatsoberhaupt, das in seinem Auftreten die hohe Würde seines Amtes zeigt, hat Anspruch darauf, in den politischen Kämpfen die Rücksicht zu genießen, die ihm als der Spitze seiner Nation zusteht.

Ein Staatsoberhaupt jedoch, das nicht nur im Göttemittel des Parteikampfes bleibt, sondern ihn mit hasserfülltem Fanatismus führt, ja dieses wilden Fanatismus sich immer wieder rühmt, sollte eine Schutzverordnung unmöglich machen.

Das ist der einfache und unbestreitbare Tatbestand. Keine Schutzverordnung wird ihn verwischen können.

Die erzwungene Unterbrechung unseres Kampfes ist vorüber. Wir setzen unseren Kampf gegen „Hitler“ und für Deutschland fort.

Wir greifen an.

Aus dem Land des Grauens

Urne aus Dachau

München, 26. Okt. Am Konzentrationslager Dachau wurde vor kurzem der jüdische Prokurist Erich Wans aus Nürnberg erschlagen. Eine Urne mit Asche ist seinen Angehörigen in diesen Tagen durch die Post zugestellt worden. Wans befand sich in Dachau seit einwärts Jahren, er wurde seit April 1934 aus unbekannten Gründen in Einzelhaft gehalten. Mit ihm ist der neunte jüdische Gefangene aus der Stadt Streichers in Dachau getötet worden, vier weitere befinden sich noch im Lager ohne Hoffnung auf Freilassung.

Das große Pressesterben

München, 26. Okt. Der Verlag der Augsburgischer Postzeitung hat mit Wirkung vom 1. November das Verlagsrecht des „Bayerischen Kuriers“ erworben. Der „Bayerische Kurier“ stellt am gleichen Tage sein Erscheinen ein. Nach einer Vereinbarung der Verlage wird den Lesern des „Bayerischen Kuriers“ ab 1. November die Augsburgischer Postzeitung zugestellt, die mit Genehmigung der Reichspressenkammer (voran den Titel „Postzeitung (Augsburger Postzeitung)“ führt.

Hunger in Thüringen

Ein Geständnis der Nazi

Berlin, 26. Okt. Der Korrespondent des Blattes der „deutschen Arbeitsfront“, „Der Deutsche“, veröffentlicht einen Bericht über seine Reise durch Thüringen. Tiefe Not herrsche. Ein Mann, der Puppen und Spielzeug in Glas herstelle, habe nicht einmal so viel Geld, um seine Wohnung zu heizen. Ein Glasmacher in Tausche, dem Frau und sechs Kinder in achtstündiger Arbeitszeit helfen, verdiene wöchentlich 18 bis 20 Mark. Da habe er keine Arbeit, weil Befestigungen fehlten. Tausende leben wie er. Kartoffeln und Salz seien die einzige Nahrung. In Steinheide seien von 250 Einwohnern 225 auf Unterernährung angewiesen. Im Bezirk von Sonneberg zähle man bei 80 000 Einwohnern 23 000 Arbeitslose, die unterstützt würden. Und der nationalsozialistische Journalismus gesteht weiter, daß 80 000 Menschen nicht in der Lage sind, sich zu ernähren und zu kleiden.

Deutschland und Polen sind übereingekommen, ihre Gesandtschaften in Berlin und Warschau mit Wirkung vom 1. November d. J. zu Botenposten zu erheben. In Warschau sind die beiden bisherigen Gesandten ernannt worden.

Wann wird Ernst Torgler befreit?

Die Reichsregierung und der seit 20 Monaten unschuldig eingekerkerte

Das deutsche Reichs- und Kabinetsministerium hat einen schwedischen Journalisten in die Zelle des Gefangenen Ernst Torgler führen lassen, um der freudig aufhorchenden Welt mitzuteilen, daß der frühere kommunistische Abgeordnete noch lebt. Er soll siebenmal gefoltert worden sein. Wo und wann wird leider nicht näher angegeben.

Der schwedische Journalist, der sich in den Dienst des Herrn Kabinetsministers Dr. Goebbels begeben hat, ist von dem preussischen Gefängnis und insbesondere von der Zelle Torglers beglücklichtet.

Das Wort Zelle ist hier eigentlich schlecht angebracht. Eher sollte ich schreiben „Gefängnisraum“, denn seine Länge war gegen 4 Meter und die Breite 3 Meter. Ein großes Fenster war voll Tageslicht über die einfache Einrichtung. Natürlich war die vorgeschriebene Pritsche aufgestellt, eine Waschtiselle und ein an der Wand befestigter Tisch, ein Wandständer und, wie erwähnt, ein Stuhl waren vorhanden. Während des Besuchs, der gegen 10 Minuten dauerte, wurde das Mittagessen gebracht und ich konnte sehen, was es gab. Ein Stück Pommesleib von 100 Gramm mit reichlich Kartoffeln, Sauce und Brot.

Man denke: ein Raum von 4 Meter Länge und 3 Meter Breite mit Pritsche und Tisch und Stuhl. Einfach fürchtlich! Weisheit wie bei Camilla-Vermann!

Und wie der Zufall so spielt: ausgerechnet während des schwedischen Besuches wurde das Diner gereicht. Wir wunderten uns wirklich, daß es so beschiden ausgefallen ist. Nur um bei dem Schweden nicht den Verdacht zu erwecken, es würde ihm ein Theater vorgemacht, wird man Porzelle, Suppe und Nachspeise ausnahmsweise fortgelassen haben.

Torgler hat dem schwedischen Journalisten schriftlich bestätigt, daß er gesund ist und durchaus gut behandelt wird. Es ist wahrscheinlich, daß das so jetzt zutrifft. Immerhin: man wagt nicht, Torgler auch nur eine Minute mit dem fremden Journalisten, obwohl dieser doch gewiß vorfichtig ausgewählt worden war, allein zu lassen. Der Journalist umschreibt das in seinen Worten so: „Ein Gefängnisinspektor leitete uns und Gesellschaft...“ Auch ein „Kriminalbeamter“ stellte sich zur Ueberwachung ein, und um den Hohn voll zu machen: Torgler darf sogar eine Tageszeitung lesen. Und welche? Nun, den „Völkischen Beobachter“, „den er anschei-

nend selbst gewählt hatte, um sich über die Geschehnisse zu informieren.“

„Anschließend...“

Anschließend hält die gleichgeschaltete Presse des Saargebietes, der wir diese rührende Geschichte um Ernst Torgler entnehmen ihre Leser samt und sonders für Trottel.

Was ist denn das Schicksal Ernst Torglers?

Am Abend des Reichstagsbrandes hat der preussische Minister des Innern und Reichstagspräsident Göring in amtlichen Verhandlungen, die im Reichstagsbrandprozeß samt und sonders als Lügen entlarvt worden sind, Ernst Torgler die 11. und die Sozialdemokratie indirekt als Urheber des Reichstagsbrandes verurteilt lassen. Die ganze Terror- und Mordaktion gegen die Arbeiterparteien wurde mit dieser Verurteilung begründet.

Torgler stellte sich am nächsten Morgen auf dem Polizeipräsidium in Berlin freiwillig, um im Interesse seiner Partei die Behauptungen des ministeriellen Verleumders zu widerlegen. Er als anständiger Politiker glaubte wohl, Reize von anständiger Gesinnung auch bei den Nationalsozialisten voraussetzen zu können.

Er wurde sofort verhaftet, wurde monatelang unschuldig in Ketten gehalten. Vor dem Reichsgericht mußte er, da nicht der Schatten eines Verdachtes gegen ihn vorlag, freigesprochen werden.

Das war vor 10 Monaten! Seine gesamte Kerkerdauer ist jetzt 20 Monate! Unschuldig!

Dennoch wird Torgler nicht freigelassen. Er befindet sich in „Schubhaft“. Gegen wen soll er „geschützt“ werden? Warum überläßt man ihm nicht, in der Freiheit des „dritten Reichs“ selbst für seinen Schutz zu sorgen und aller Welt zu erzählen, was er bis jetzt nur aus seiner Zelle unter der Bewachung von Gefängnisinspektoren und Kriminalbeamten berichten kann: wie herrlich man für ihn sorgt.

Der Fall Torgler ist eine Schande für die deutsche Justiz und eine Schande für die deutsche Reichsregierung. Nur eine durch und durch verkommene Journalistik kann sich dazu herabwürdigen, den unschuldig eingekerkerten Torgler als einen Zeugen für den „humanen“ Strafverfolgung des Reichs der Konzentrationslager, der Folterkeller und der tausendfachen politischen Morde unter „Heil Hitler!“ zu mißbrauchen.

Blomberg beschützt Müller

Die Verteidigung „verlagt“ — Das Zahngeschwür des Reichsbischofs

Alle Welt wartete am Donnerstagabend mit Spannung auf die Verteidigung des Reichsbischofs Müller und der ihm treuen Landesbischofe. Bei diesem Anlaß sollte der „Führer“ und Reichsführer die wiederholt angeforderte Proklamation zum Kirchenstreit erlassen. Nichts geschah, und viele waren sehr enttäuscht. Es sieht, daß die Verteidigung auf unbestimmte Zeit ausgesetzt worden sei.

Die Gründe, warum die Eid-Aktion keineswegs „schlagartig“ erfolgt, liegen in der vollkommenen Unsicherheit und Uneinigkeit im herrschenden braunen Lager im Kirchenkonflikt. Man zieht an den verschiedenen Enden verschiedener Striche. Müller wird von allen Seiten bearbeitet. Bald wird er zur Festigkeit gegenüber den protestantischen Rebellen angetrieben. Bald warnt man ihn vor all zu diktatorischen Entschlüssen gegenüber Müllers, der auch im Lager der „Deutschen Christen“ ausgepielt habe. Dringende Vorstellungen von Gauleitern und Reichsstatthaltern weisen darauf hin, daß sich um die neue Bekenntniskonode bereits eine gewaltige Massenbewegung gesammelt habe, der man aus politischem Interesse Entgegenkommen zeigen müsse.

Das gilt vor allem für Süddeutschland. Hier darf man von einem evangelischen Erdruß sprechen. Fast die gesamte protestantische Pfarrerschaft hat sich, unterstützt von ihren gläubigen Gemeinden, hinter die disziplinierten Bischöfe Sturm und Meiser gestellt. Der bayerische Reichsstatthalter v. Epp hat bis zur letzten Stunde in Berlin gewarnt. Er steht in der Kirchenfrage im bestigen Konflikt mit dem fränkischen Gauleiter Streicher.

In der deutschen Presse herrscht das beständige Stillischweigen. Da auch die protestantischen Kirchenblätter über die inneren Auseinandersetzungen in der Kirche selbst andeutungsweise nichts mehr berichten dürfen, geben die Boten der protestantischen Bekenntniskirche als Flugblätter von Hand zu Hand, als Nachrichten von Mund zu Mund. Um so ausgiebiger beschäftigt sich die gesamte Presse des Auslandes sehr eingehend mit dem deutschen Kirchenkonflikt. Ueberall wird der enge Zusammenhang zwischen Hitler, Blomberg und Müller betont. Das „Echo de Paris“ erweist sich als besonders gut informiert. Es schreibt, daß der Reichswehrgeneral von Blomberg ein besonderer Beschützer Müllers sei. Ueber die „ostpreussischen“ Beziehungen zwischen diesen beiden Gehalten des „dritten Reichs“ hat Konrad Heiden in seinem Buch „Die Geburt des Dritten Reichs“ schon vor Monaten interessante Details (S. 111) publiziert:

„Wer kennt überhaupt die sonderbaren Umstände, die den General von Blomberg ins Ministeramt und damit die Reichswehr, zwar mit vielen Vorbehalten im Herzen, an die Seite Hitlers brachten? In dem protestantischen Adnassberg, in den nächsten Geschäftszimmern des Wehrkreiskommandos hat sich ein Vorgang abgespielt, der ein wenig altspanisches Hintergrund hat, er erinnert wohl an unentschiedene Kämpfe in Dornstein, bedient von dunklen Beichtvätern, die für ihre Arbeit eines Tages den Kardinalspuraur erhielten. Der Divisionsegeistliche der ostpreussischen Reichswehr war der Wehrkreispfarrer Ludwig Müller. Er hat seine nicht geringe Rolle in der Vorgeschichte des Kabinetts Hitlers. Ihm wird der Einfluß auf den General von Blomberg zugeschrieben, der den ostpreussischen Befehlshaber dazu brachte, in die neue Regierung zu gehen und ihr damit die Stütze der Reichswehr zu geben. Müllers Name ist später der Öffentlichkeit bei der Gleichhaltung der evangelischen Kirche bekannt geworden, in der er sonderliches geistliches Format nicht bewies. Doch wichtiger mag noch heute die achte moralische Hilfe sein, die er seinem Parteiführer im Bereich der Reichswehr leistet. Mit der Würde eines Reichsbischofs, die er später erhielt, stand ihm diese Dienste — vom Standpunkt Hitlers gesehen — nicht zu teuer bezahlt worden.“

Niemals ist dieser Darstellung widersprochen worden. Man darf die Rolle der Dankbarkeit in der hohen Politik bei der

Beurteilung privater Beziehungen nicht unterschätzen. Dr. Göring dürfte Reichsjustizminister bleiben, weil er Hitler aus der Festung befreite. Vielleicht bleibt jetzt auch der Herr Reichsbischof aus keinem andern Grunde in seinem Amte, weil er Hitler in seiner Not, Ansehens an die Reichswehr zu finden, den General v. Blomberg zuführte.

Müller war es, der später den Geistlichen befahl, Hitler in Kanzelgebeten als Gesandten Gottes vor den Gläubigen zu preisen. Er sprach ihm in einer Proklamation nach den Morden des 30. Juni den besonderen Dank der evangelischen Kirche für seine „Befreiungsarbeit“ aus. Müller ist der Verantwortliche für die Einführung des Arierparagraphen unter der Geistlichkeit. In seinem Namen geschahen all die Rechtsbrüche und Maßregelungen, die das heutige Schisma heraufschufen.

Von einem solchen Manne sollte sich Hitler trennen? Einen besseren Kameraden hat er nie gefunden. Er wird ihn noch halten, wenn der deutsche Protestantismus über diesen ebenso ungeschickten wie unmaßlichen Mann in Ehren verflucht.

Müllers würdig

In der St. Paulus-Kirche zu Berlin hat der nationalsozialistische Pastor mit dem schönen polnischen Namen Antoni eine Predigt gehalten, in der er u. a. sagte: „Ein wahrer Nationalsozialist und ein wahrer Christ sind dasselbe. Wir glauben an unseren Führer, der für uns, die Protestanten, ein Abgesandter Gottes ist. Der Nationalsozialismus ist eine von Gott geschaffene Ordnung.“

Im Geiste dieser „Ordnung“ wurden bekanntlich auch die Morde des 30. Juni beschlossen und ausgeführt.

Tausend Kirchenfunktionäre gemäßregelt

Berlin, 26. Okt. (United Press.) Auf Grund genauer Erhebungen ist es nunmehr möglich, eine nahezu vollständige Liste der erfolgten Maßnahmen gegen die Bekenntniskirchenfunktionäre aufzustellen. Die Zahl der Maßnahmen beträgt hiernach im Augenblick 1043. Davon lassen sich in

„Schmierlöcher offenhalten“

Die Auswirkungen der Rohstoffknappheit

Die Industrie- und Handelskammer Gladbach-Neuhül-Neuh hat an die Industrie ihres Bezirkes einen Aufruf erlassen, der bezeichnend ist für die Schwierigkeiten, die das „dritte Reich“ durch die Mißwirtschaft des Nationalsozialismus hineingeraten ist. Dieser Aufruf zeigt auch, welche verzweifeltsten Anstrengungen gemacht werden, um die Rohstoffknappheit zu mildern. Wir wissen, womit alle diese Bemühungen im Kriege geendet haben. Auch für das „dritte Reich“ wird das Ende seines wirtschaftlichen Dilettantismus kommen. Im einzelnen heißt es in dem Aufruf:

In diesen Tagen ist zu einem Hundert-Tage-Kampf gegen die Materialvergeudung aufgerufen. Alle, die es angeht, insbesondere die Unternehmer, die Gewerkschaften und die Hausfrauen müssen diesem Aufruf Folge leisten, weil es sich um eine Frage handelt, deren Bedeutung schon von jeher groß war, deren Wichtigkeit aber im gegenwärtigen Augenblick besondere Beachtung verdient, weil es sich darum dreht, an solchen Stoffen zu sparen, bei denen wir auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen sind. Es sind dies in erster Linie die Spinnstoffe, die Feile und Oele und die unedlen Metalle sowie der Gummi. Daß auf diesen Gebieten noch manche Verlustquelle geklopft werden kann, lehrt die Erfahrung nur zu deutlich.

Es dürfen in Zukunft keine Textilabfälle mehr in den Müllhaufen wandern. Man sollte in der heutigen Zeit bei der Verarbeitung der Textilfasern die bestmögliche Schonung des Materials im Auge haben und lieber die Maschinen etwas langsamer laufen lassen, lieber etwas mehr

942 Fällen die Namen der Gemahlechten feststellen. In 101 weiteren Fällen kennt man lediglich den Ort und die Art der erfolgten Strafmaßnahmen. Bei den 1043 Maßnahmen handelt es sich um Maßnahmen der verschiedensten Art.

Dem Umfang des Gebietes entsprechend verhältnismäßig am größten ist die Zahl der Maßnahmen in der Altpreuussischen Union. Sie beträgt allein 590. Auffallend niedrig ist die Zahl der Maßnahmen, die bisher in Württemberg und Bayern erfolgt ist. Sie beträgt 21, beziehungsweise 71, ein Zeichen dafür, wie wenig die Reichsregierung in diesen Gebieten ausdrücken konnte, so lange dort noch die Bischöfe Sturm und Meiser im Amt waren.

Ein „echter“ Christ

Das neue Evangelium

Nürnberg, 26. Okt. Pastor Sommerer, der zum „geistlichen Kommissar für Franken“ bestellt wurde, erklärt in einer Rede: „Ergriffen von der Gemalt des Nürnberger Parteitages, haben wir vom Reichsparteitag von Nürnberg aus einen Aufruf verfaßt und an alle bayerischen Pfarrämter geschickt. Dieser Aufruf hat bei gewissen Stellen große Aufregung und einen wahren Sturm der angeblichen Entrüstung verursacht. Eine ungeheure Zahl von Schreiben, die bei einer eventuellen Veröffentlichung ihren Schreibern sicher einen Erholungsurlaub in einer bayerischen Sommerfrische einbringen würde, war die weitere Folge. Ich habe bis jetzt (!) davon keinen Gebrauch gemacht.“

Der Zionismus dieses hitlerischen Seelsorgers, mit dem er von der Hölle Dabau als von einer „Sommerfrische“ spricht, und seine Drohung mit Denunziation der Pfarre ist besonderer Beachtung wert.

Die Unnachgiebigen

Zahlreiche nationalsozialistische Führer radikaler Richtung, insbesondere die Reichsminister Rust und Darz sowie Baldur v. Schirach und Alfred Rosenberger, treten für Unnachgiebigkeit in allen kirchlichen Fragen ein.

Die führenden Nazikreise sind mehr und mehr davon überzeugt, daß die Revolte der protestantischen Pfarre sich weniger gegen den Reichsbischof Müller, als gegen das nationalsozialistische Regime richtet, und daß infolgedessen der Widerstand, sollte es was es wolle, gebrochen werden müsse.

Große katholische Demonstration

In Köln

Am es am vergangenen Sonntag zu einer großen katholischen Kundgebung, die einen stark demonstrativen Charakter trug. An dem Bekenntnistag der Christenjugend nahmen mehr als 3000 Katholiken teil. Im Dom hielt Kardinal-Erzbischof Schulte die Messe ab. Eine nach Tausenden zählende Menge, die wegen Ueberfüllung keinen Einlaß mehr fand, füllte den Domplatz. Generalsprebis Monsignore Wolke predigte über die christlichen Tugenden. Nach der Predigt legte Kardinal Schulte die katholische Jugend, die mit über 400 Bannern und Wimpeln sich zur Prozession vereinigte. In den Nebenstraßen drängte sich die Menschenmenge, die dem Kardinal entblühten Hauptes spontane Ovationen darbrachte. Gleichzeitig aus den Reihen der Jugend der braunende Gesang des Deutschlandliedes. Immer wieder riefen die Gläubigen dem Kardinal den Treuegruß zu. Nur mit Mühe konnte die Polizei dem Wogen des Kardinals den Weg durch die Menschenmassen bahnen. Die Bekenntnistage war eine der größten Kundgebungen der katholischen Kirche, die Köln in den letzten Jahren erlebte.

Das Neueste

Der Bürgermeister von Sampigny, dem Heimatort Poincares, hat sein Amt als Bürgermeister und gleichzeitig als Arrondissementrat niedergelegt. Er war ein langjähriger Freund des verstorbenen Staatsmannes. Aus einem noch nicht geklärten Versehen wurde ihm bei der Beilegung Poincares in Rubecourt der Eintritt in die Kirche, in der sich die offiziellen Persönlichkeiten versammelt hatten, verweigert. Diesen Zwischenfall nahm er so tragisch, daß er dem Präses ten seinen Rücktritt eingereicht hat.

Der Vorsitzende des Pariser Stadtrates will beantragen, daß eine große Verkehrsader von Paris nach Raymond Poincare benannt werde.

Ein schändliches Verbrechen ist in einem Borort von Mantua entdeckt worden. Hier lebte als Wohlthäterin vieler Armen die 90jährige Witwe eines Pariser Juwelenhändlers mit einer gleichfalls betagten Gesellschafterin Beide wurden von ihrer Anwärterin am Donnerstag ermordet aufgefunden. Die Wohnung war von blutigen Qualm erfüllt, was darauf schließen läßt, daß der Mörder verurteilt hat, die Spuren seiner Tat durch eine Brandstiftung zu vertuschen. Das Verbrechen hat in Mantua, wo die Ermordete sich als gemeiner Beliebtheit erkannte, große Empörung ausgelöst. Man verliert sich in Mutmaßungen darüber, wer der Mörder sein mag.

Lohn bezahlen, aber das Material schonen und jeden unnötigen Abfall vermeiden. Die frühere Rechnung, wonach es oft zweckmäßiger war, die Maschinen schneller anzutreiben, Arbeitslohn zu sparen und mit dem Rohstoff großzügig umzugehen, ist in unserem rohstoffarmen Lande absolet falsch.

Deshalb sollte ein jeder, vor allen Dingen aber der verantwortliche Wirtschaftsführer, überlegen, auf welche Art und Weise in seinem Betrieb der Verbrauch des eingeführten Rohmaterials eingespart und dessen Schonung durchgeföhrt werden kann. Ist es in der heutigen Zeit nötig, daß die Reih-, Streck- und Spinnmaschinen, die Krempelstühle und Webstühle vielfach mit einer Tourenzahl laufen, die faster vielfach zerreißen und die Abfallmengen erhöht? Sollte man nicht allgemein dazu übergehen, die Schmierung der Maschinen durch einen besonderen Mann vornehmen zu lassen, der dafür verantwortlich ist, die Schmierlöcher offen hält und nicht unnötige Mengen Öl verschwendet? Galtet Ordnung und Sauberkeit in Euren Betrieben, denn durch Unordnung werden jährlich Millionen Wäter zerstört.

Viele derartiger Fragen stehen sich aufwerfen und einer positiven Lösung entgegenführen. Es kommt nur darauf an, sich zunächst einmal mit dem Gedanken des Einsparens ernst zu beschäftigen. Wer das tut, wird von selbst dazu kommen, sparsam mit den ihm anvertrauten Wätern umzugehen. Denn jedem wird dann vor Augen stehen, welchen großen Dienst er damit der deutschen Wirtschaft leisten kann.

Jeden einzelnen um dieses persönliche Nachdenken und Streben nach Einsparung zu ditten, hält die Industrie- und Handelskammer für ihre vaterländische Pflicht.

Die 532 000

Sind die Berechnungen der Abstimmungskommission stichhaltig?

Die Abstimmungskommission ist nun endlich aus ihrer Reserve hervorgetreten. Es hat wirklich ziemlich lange gedauert, bis sie auf die Veröffentlichungen der antisozialistischen Presse und den „Berechnungen“ des Saarbrücker Oberbürgermeisters geantwortet hat. Die Abstimmungskommission bringt einen langen Bericht, in welchem sie den Nachweis zu erbringen versucht, daß die Zahl der Abstimmungsberechtigten in Höhe von 532 000 durchaus einwandfrei sei. Die Abstimmungskommission erklärt: „An bezug auf diese Gesamtzahl ist für die Behauptung, daß die vorläufigen Listen übermäßig viele, zu Unrecht Eingetragene enthalten, kein Grund zu finden.“

Wir müssen offen zugeben, daß diese Erklärung der Abstimmungskommission, die erst unmittelbar vor Abschluß der Einspruchsmöglichkeit erscheint, ebenso beläsend wirkt, wie die jüngste Erklärung des Präsidenten der Abstimmungskommission, daß es angeblich „unvermeidlich“ gewesen war, daß den vorläufigen Listen in Saarbrücken-Stadt gewisse Fehler anhaften.“

Wie aus den verschiedenen Veröffentlichungen der antisozialistischen Presse, ebenso wie aus der Denkschrift der Internationalen Untersuchungskommission hervorgeht, hatten den Abstimmungslisten nicht etwa „gewisse Fehler“ an, sondern es steht fest, daß zahlreiche Listen einfach gefälscht worden sind.

Auch die Berechnungen der Abstimmungskommission, aus der hervorgeht, daß die Zahl der Abstimmungsberechtigten durchaus einwandfrei ist, sind wenig stichhaltig. Der Unterschied zwischen der Schätzung der Abstimmungskommission und den Schätzungen der Kritiker der Abstimmungslisten erklärt sich in der Hauptsache dadurch, daß die Abstimmungskommission erstens von einer wesentlich höheren Zahl ihren Ausgangspunkt ansieht und sie zweitens die Zahl der Geborenen wesentlich niedriger einschätzt.

Der Ausgangspunkt ist der Bevölkerungsstand des Saargebietes am 28. Juni 1919. Die Abstimmungskommission schätzt diesen Bevölkerungsstand auf 683 000, was ungefähr den meisten Schätzungen entspricht, behauptet aber, daß in dieser Zahl eine beträchtliche Menge von abstimmungsberechtigten Personen nicht enthalten sei. Es handelt sich um die Personen, die damals meistens nicht in den Registern geführt wurden, nicht anwesend waren und doch im Sinne der Wahlordnung im Saargebiet die Einwohner-eigenschaft hatten. Zu diesen gehörten besonders, die noch nicht aus dem Wehrdienst entlassenen Personen, die Kriegsgefangenen, Flüchtlinge, Ausgewiesene, Studierende usw.“ Es waren zwar auch die Personen da, die im Saargebiet waren, aber nicht die Einwohner-eigenschaft im Sinne der Wahlordnung hatten. Dann schreibt die Abstimmungskommission wörtlich folgendes:

„Die Differenz zwischen den genannten beiden Gruppen kam für die Berechnung mit wenigstens 17 000 angenommen werden; die Bevölkerung am Stichtag im Sinne der Wahlordnung kann also auf 680 000 Köpfe geschätzt werden.“

Die Abstimmungskommission gibt für die Zahl von 17 000 gar keine Begründung. Es ist völlig unerklärlich, wie sie überhaupt auf 17 000 und nicht auf 7 oder 27 000 kommen. Es scheint den Verfassern der Mitteilung völlig entgangen zu sein, daß sie auf diese Weise auf die Zahl der Saareinwohner (680 000), die sogar über den fortgeschrittenen Bevölkerungsstand am Ende des Jahres (672 000) liegt.

Diese ganze Schätzung beruht auf gänzlich falschen Voraussetzungen. Die Abstimmungskommission spricht von der am Stichtage vom 28. Juni 1919 „in den Einwohner-melderegistern eingetragenen Bevölkerung“. Die Zahl von 683 000 hat aber mit den Eintragungen in die Melderegister vom 28. Juni nichts zu tun. Sie wird errechnet auf Grund des fortgeschrittenen Bevölkerungsstandes und stellt das Mittel dar der Zahlen vom Ende 1918 und vom Ende 1919. Es ist völlig klar, daß bei einer solchen Berechnung weder die französische Besatzung, noch die Abges-

meldeten, noch die vorübergehend Abweilenden berücksichtigt werden, wie das die Abstimmungskommission offenbar irrtümlich annimmt. Es ist deshalb reine Willkür, anzunehmen, daß die Zahl von 683 000 noch um 17 000 erhöht werden müßte.

Wir sind vielmehr der Ansicht, daß der Bevölkerungsstand von 683 000 nicht 17 000 Abstimmungsrechte hinzuzurechnen sind, sondern im Gegenteil von diesem Betrag müssen die Personen in Abzug gebracht werden, die zwar am Stichtag polizeilich gemeldet waren, jedoch nur vorübergehend ihren Wohnsitz im Saargebiet hatten. Die Berechnungen der Abstimmungskommission, wonach die Bevölkerung des Saargebietes am Stichtag im Sinne der Wahlordnung auf 680 000 Köpfe geschätzt werden kann, sind deshalb wenig beweiskräftig.

Die Zahl der Abstimmungsberechtigten, d. h. derjenigen Personen, die am 28. Juni 1919 ihren dauernden Wohnsitz im Saargebiet hatten, muß offensichtlich geringer sein, als die damalige Bevölkerungszahl und nicht etwa größer. Von der Gesamtbevölkerungszahl müssen außerdem die nach dem 13. Januar Geborenen als Kinder unter 4½ Jahren, auscheiden, da die Abstimmungsabrechnung erfordert, daß die betreffende Person am Tage der Abstimmung 20 Jahre alt sei. Die Abstimmungskommission errechnet die Zahl dieser abstimmungsberechtigten auf 51 000 von 680 000. Wir berechnen die Zahl dieser 3½-Jährigen mit 50 000 von nur 508 000 Abstimmungsberechtigten und verweisen auf den Artikel im „Beitrag“ vom 22. September, wo der Nachweis dafür erbracht wird. Als auch hierbei kommen wir auf eine niedrigere Zahl der Abstimmungsberechtigten.

Die Zahl der geborenen Abstimmungsberechtigten vermag die Abstimmungskommission auf Grund der Erhebungen der Bevölkerungsstatistik zu berechnen. Der Hinweis, daß die Sterblichkeit bei den Kindern unter vierzehnjährig etwa zweimal so hoch ist als die durchschnittliche Sterblichkeit, ist ganz richtig.

Willkürlich aber sind die praktischen Konsequenzen, die aus dieser richtigen Feststellung gezogen werden. Es war richtig für das erste Jahr, eine Sterblichkeit von etwa 10 Prozent unter dem Durchschnitt anzunehmen. Nicht richtig war, für mehrere Jahre die gleiche Korrektur fortzunehmen. Wenn man schon wissenschaftlich sein will, so müßte man mindestens in einer besonderen Anlage die entsprechenden Berechnungen für jedes Jahr anführen.

Nach der Berechnung der Kommission sollen von einer Gruppe aus 629 000 Menschen in fünfzehn Jahren 97 000, also weniger als ein Sechstel gestorben sein. Und diese Menschengruppe begann mit Vierzehnjährigen. Die Abstimmungsabrechnung schließt besonders Glück zu haben, nämlich eine Generation dazuzufügen, in der die Chancen 100 Jahre alt zu werden, außerordentlich hoch sind.

Die Beweisführung der Abstimmungskommission erscheint uns — wie wir an drei Beispielen gezeigt haben — nicht stichhaltig. Im übrigen findet sich die Beweisführung jetzt überhaupt schon in einem anderen Stadium. Jetzt steht z. B. allen angeblichen statistischen Feinheiten die Tatsache gegenüber, daß sich in den Abstimmungslisten mehrere tausend Tote befinden. Der beste Beweis für die absichtliche Fälschung der Abstimmungslisten ist aber die Angst der braunen Front vor der gründlichen Nachprüfung. Die braune Front handelt nach der Methode: Halte den Dieb! Ihre Organe erklären die Arbeit, die eine solche gründliche Nachprüfung anstrebt, als Abstimmungsgefährdung. Sie haben Angst vor der Ehrlichkeit der Abstimmungsabrechnung. Wir warnen aber die Abstimmungskommission davor, daß sie sich durch äußere zweifelhafte statistische Kombinationen leiten läßt. Es ist wirklich keine Stunde mehr zu verlieren. Es muß endlich einleuchten werden, daß eine ganz gewaltige Anzahl von Fehlern und Fälschungen in den Abstimmungslisten vorhanden sind, und es muß von Amts wegen alles geschehen, damit die braunen Abstimmungslisten unbeeinträchtigt bleiben. Nur diesem einzigen Zwecke dient unsere Räte, die geringer sein könnten, wenn nicht Schikanen und furchtlich ersetzte Schwierigkeiten hindernd im Wege gestanden hätten.

Hitlerismus gegen Katholizismus

Unversöhnliche Gegensätze

„Die römische Kirche in Deutschland kann ihre volle Verantwortung für die volksverwundende Arbeit ihrer zahlreichen politischen Gesandten nicht bestreiten, da sie in anderen Fällen, wo ehrenwerte katholische Priester Botschafter des Nationalwillens fanden, über sie ohne weiteres das Redeverbot verhängte. Es bezieht also nachweislich eine instemotisch durchgeführte politisch-weltanschauliche Arbeit, dem deutschen Volk seinen Stolz auf die Verteidiger der Heimat von 1914 zu rauben, ihr Andenken zu schänden und den heißen Willen, Volk und Vaterland zu schützen, in den Schmutz zu ziehen. Das letztgenannte, fordert einfache Wahrhaftigkeit; wie sich die Gläubigen mit ihrer Kirchenbehörde auseinandersetzen, ist Sache ihres Gewissens. Es steht aber nicht so, als ob sie, um erschwende Konflikte zum Schweigen zu bringen, die nicht zu bestreitenden Tatsachen nur als Ungelegenheiten hinstellen könnten, sondern es gilt, den Mut zur Abwehr gerade der Politik der höchsten kirchlichen Stellen zu lassen. Ob nun diese erwachenden Kräfte darüber hinaus den ganzen weltanschaulichen Gegensatz erkennen oder nicht, mag ihre eigene Angelegenheit bleiben, wichtig ist, daß der ernste Wille erwacht, die deutsche Nationallehre nicht nur gegen Marxisten, sondern genau so, ja noch schärfer, gegen das Zentrum und seine kirchlichen Verbündeten, als Großgötter des Marxismus, zu verteidigen. Ein Versagen auch um diesen Punkt würde nur eine undeutsche Bestimmung offenbaren.“

Alfred Rosenberg, der vom Führer und Reichskanzler mit der weltanschaulichen Erziehung der Nation beauftragte Theoretiker des Nationalsozialismus in seinem Buche „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“, Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, 13.—16. Auflage, Seite 8—9.

Das Buch ist von der nationalsozialistischen Regierung allen Lehrerbibliotheken als geeignet empfohlen und in vielen Fällen auch katholischen Buchereien zwangsweise eingegliedert worden.

Hilferding — Cuno — „Status quatsch“

Der Landesleiter der „deutschen Front“, Gesindel-Pirro, nennt die im Saargebiet herrschende Rechtsordnung, die von der Regierungskommission als Treuhänder des Völkerbundes verwaltet wird, eine „Örderzentrale“.

Die „Saarbrücker Zeitung“ bezeichnet die von der Regierungskommission vertretende Rechtsordnung als „Status quatsch“.

Da wir erst am Beginn des Abstimmungskampfes stehen, darf man noch allerlei derartige Bezeichnungen für eines der im Saarstatut garantierten drei Abstimmungsziele erwarten. Irgendeine Gruppe hat die Reproduktion einer Inflationsscheinfußnote über 50 Millionen Mark verbreitet als Warnung gegen die neue Inflation, auf die Schacht und Hitler hinarbeiten, und die sich in der zeitweisen Verweigerung der Annahme von Reichsmark im Saargebiet jetzt schon anfängt.

Die „Saarbrücker Zeitung“ macht nun den früheren sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Hilferding (der sich übrigens keineswegs im Saargebiet aufhält, wie das Blatt lächerlich behauptet), für die Inflation verantwortlich. Jedes Schulfkind vom Jahr 1923 wußte, daß damals nicht etwa von einer Hilferding-Mark, sondern von einer Cuno-Mark gesprochen wurde. Unter dem Reichsfinanzminister Cuno, das zu den Deutschnationalen hin orientiert war, und dem sein Sozialdemokrat angehörte, wurde der Ruhrkampf eingeleitet und durchgeführt, der den im Kriege des Kaiserreichs begonnenen Bankrott der deutschen Währung vollendete. Der Sozialdemokrat Hilferding übernahm im Kabinett Stresemann das Reichsfinanzministerium mit dem Entschlusse, den Ruhrkampf zu liquidieren, die Inflation zu beenden und eine stabile Währung zu schaffen. In den knapp sieben Wochen seiner Amtstätigkeit hat er diese Ziele erreicht, nicht zuletzt dadurch, daß er eine neue schwankende Währung, die Rentenmark, die von Helfferich vorgeschlagen war, abwehrte.

Unter dem zweiten Kabinett Stresemann, dem drei Sozialdemokraten angehörten, wurde die Rentenmark geschaffen, als der Beginn einer stabilen Währung, die sich hielt, bis das Regime Hitler Gold und Devisen der Reichsbank verbrauchte, den Außenhandel ruinierte und durch laute Arbeitsbeschäftigungswelch eine betrügerische Kreditausweitung betrieb und so das Werk des nationalen Wiederaufbaus zerstörte, das unter tatkräftiger Mitwirkung der Sozialdemokratie eingeleitet worden war.

Hilfer ist Reichsbankrott und Inflation! Status quo ist der Sturz Hitlers und die Rettung Deutschlands und der deutschen Währung.

Saarländische Christen!

Die gleichgeschaltete Presse des Saargebiets berichtet täglich über angebliche Kirchenverfolgungen in — — Mexiko.

Dagegen unterschlägt dieselbe Presse die wüsten terroristischen Kirchenverfolgungen im Reich, die gewaltsamen Absetzungen und Verhaftungen von Landesbischöfen und zahllosen Pfarrern.

Der Grund dieser Unterschlagungstaktik ist offensichtlich: man weiß, daß jeder überzeugte Christ am 13. Januar gegen das gewalttätige „dritte Reich“ und für die bestehende Religionsfreiheit an der Saar stimmen wird, wenn er die Wahrheit erfährt.

Bekämpfung des Christentums im „dritten Reich“

Eine Anklagerede des Bischofs Kaller

Die braune Presse an der Saar, mit der ehemaligen katholischen „Landeszeitung“ an der Spitze, hat nur eine Sorge: sie ist beunruhigt über das Los des Katholizismus in Mexiko und verbreitet waltentragende Gerüchte über dieses Land. Aber vor lauter Mexiko übersehen die von Goebbels gefassten Schreiberlinge, daß ganz in der Nähe, jenseits der saarländischen Grenze, in einem Lande, zu dem sie so sehr neigen, jetzt schon „heimkehren“ wollen, die Kirche verfolgt, vergewaltigt und nach denselben heimtückischen Methoden von innen gesprengt wird, wie die Weimarer Republik auf „legalem“ Wege vernichtet wurde. Diese Schreiberlinge an der Saar wissen nichts von der Not des deutschen Protestantismus, denn sie haben ja andere Sorgen. Es geht bei ihnen um Mexiko. Und vor lauter Mexiko haben die sich katholikenfreundlich gebärdenden braunen Geistes an der Saar überhört und übersehen, daß in diesen Tagen ein hoher katholischer Geistlicher trotz des braunen Terrors, trotz der Gestapo den Mut aufgebracht hat, eine Anklagerede gegen das Hitlerregime zu erheben.

Der katholische Bischof von Ermeland (Chpreußen), Maximilian Kaller, hat kürzlich vor zahlreichen Angehörigen seiner Diözese eine Predigt gehalten, in welcher er aufs heftigste den Nationalsozialismus, der im stärksten Gegensatz zur katholischen Lehre steht, verurteilt hat.

Der Bischof sagte folgendes: „Die Zahl der Regierungen wächst beängstigend. Was uns aber ganz besonders mit Schmerz erfüllt, das ist die Feststellung, daß in unserem Vaterlande im Laufe der letzten Jahre Richtungen und Bewegungen entstanden und erhardt sind, welche die grundlegenden Wahrheiten der katholischen Kirche angreifen und eine neue Religion, eine nationale deutsche Kirche, errichten wollen, die sich auf den Mythos von Blut und Rasse stützt. Man will die Erbsünde aufheben. Man behauptet, daß die zehn Gebote der Ausdruck der jüdischen Moral seien und keinen Wert für Völker anderer Rasse

und anderen Blutes hätten. Man behauptet, die Dogmen seien Menschenwerk. Man behauptet, wenn man die Uniform anzieht, dann hört man auf, Katholik oder Protestant zu sein. Aber wir, Priester und Bischöfe, wir sagen: die religiösen Überzeugungen lassen sich nicht wie Kleidungsstücke wechseln.“

Am weiteren Verlauf seiner Predigt wandte sich Bischof Kaller gegen den Schwindel vom „positiven Christentum“, dessen Träger angeblich der Nationalsozialismus ist. Er sagte wörtlich:

„Man spricht in letzter Zeit viel vom „positiven Christentum“. Dieses „positive Christentum“ existiert nur dort, wo man Christus anerkennt, wo man an sein Evangelium glaubt, wo die zehn Gebote Gültigkeit haben.“

Man behauptet, moralisch ist das, was dem Willen und den Erfordernissen einer Rasse entspricht. Wir, Priester und Bischöfe, sagen aber: moralisch ist, was dem Willen und den Geboten Gottes entspricht. Man wirft den Bischöfen und Priestern, die sich gegen das Neubeubentum aufschauen, vor, sie würden Politik machen. Aber das ist keine Politik, wenn man für Christus eintritt, für den Netter der Welt. Es ist keine Politik, die ewigen moralischen Humanitätsgrundsätze zu verdrängen, die heiligen Gebote Gottes und die Rechtsordnung, die von Gott gewollt ist.“

Diese Worte hat ein katholischer Bischof im Hitlerreich gesprochen! Und die „Landeszeitung“ und die braunen Katholiken an der Saar? Was sagen sie dazu? Sie schweigen. Mehr noch: sie verschweigen solche Predigten, um die Katholiken an der Saar über die wahren Zustände im Hitlerreich irreführen zu lassen.

Katholiken an der Saar, die Wahrheit über den Kampf des heiligen Geistes nach unheimlichen Hitlerregimes gegen die christlichen Kirchen werdet ihr in der gleichgeschalteten, von Goebbels gefassten braunen Presse nie erfahren!

Starker Rückgang der Maschinenausfuhr

Die Nachfrage im deutschen Maschinenbau hat sich im September auf der Höhe des Vormonats gehalten, da die Inlandaufträge eine leichte Zunahme verzeichneten und dadurch den Rückgang der Auslandaufträge wieder ausglich. Die damit wieder auf den Stand des Juli zurückfielen. Im Juli — neuere Ziffern liegen noch nicht vor — stellte sich der Auftragseingang in der deutschen Maschinenindustrie auf 66,3 Prozent des Standes von 1928 gegenüber 46,8 Prozent i. V. Diese Zunahme ist ausschließlich der Besserung der Inlandaufträge zu verdanken, die auf 82,9 (i. V. 50,4) Prozent von 1928 angestiegen sind, während gleichzeitig die Exportaufträge ihre Schrumpfung auf 30,9 (39,0) Prozent fortsetzten. Als Ergebnis dieser fortschreitenden Verschiebung beruhen jetzt 85 Prozent des Auftragseinganges auf Inlandaufträgen, während es vor einem Jahr erst 73 Prozent und 1931 erst 44 Prozent waren. Nichts veranschaulicht deutlicher als diese Ziffern die Schrumpfung der deutschen Maschinenausfuhr, die im August nur noch einen Wert von 37,0 (45,9) Mill. RM. besaß, womit sie auf beinahe ein Drittel der durchschnittlichen Monatsausfuhr des Jahres 1931 von 94,7 Mill. RM. gefallen ist. Die Ausfuhr an Werkzeugmaschinen betrug im August nur noch 5,62 (9,77) Mill. RM. gegenüber 21,53 Mill. RM. im Monatsdurchschnitt 1931, während sich die Exporte von Textilmaschinen wesentlich besser, auf 6,75 (6,75) Mill. gegenüber 10,07 Mill. RM., gehalten haben. Im ersten Halbjahr 1934 war die deutsche Maschinenausfuhr mit 210,3 (262,0) Mill. RM. um 20 Prozent niedriger als i. V., wobei der Rückgang so gut wie ausschließlich auf den Export nach Rußland entfällt, der auf 20,1 (88,9) Mill. RM. zusammengeschrumpft ist. Diese Abnahme konnte auch nicht dadurch ausgeglichen werden, daß nach zwei Drittel aller Bestimmungsländer die Ausfuhr eine mehr oder weniger große Zunahme zu verzeichnen hatte.

Die Lage bei Citroën

Wie verlautet, haben die Betriebsleiter der Werke beschlossen, die Arbeit an Samstagen und Montagen einzustellen, so daß also bis auf weiteres nur an vier Tagen der Woche gearbeitet wird, und zwar während neun Stunden. Es ergibt sich auf diese Weise eine 36-Stunden-Woche, wie dies auch in andern Industriezweigen, vor allem in der Schwerindustrie und einem großen Teil der Textilindustrie, schon seit langer Zeit in Frankreich üblich ist. Die Verhandlungen über eine finanzielle Hilfe durch die Gummiwerke von Michelin, die große Forderungen an Citroën für Lieferungen in Bereifung und sonstigen Ausrüstungsgegenständen aus Gummi haben, werden fortgesetzt, haben aber noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Der Kurs der Aktien, der sich gestern von 96 auf 105 erhöht hatte, war an der heutigen Börse unverändert.

Der Niedergang der Textilindustrie Das Geschäft wird immer schwieriger

Die auf Optimismus frisierten Berichte aus den verschiedenen Industriegebieten werden immer kleinlauter. Immer häufiger hört man von Rohstoff- und Absatzschwierigkeiten, und von dem „wunderbaren Aufstieg“ der Wirtschaft mit Hilfe der betrügerischen „Arbeitschlacht“ wird überhaupt nicht mehr gesprochen.

Typisch für die Kagenjammerstimmung, die jetzt in den Geschäftskreisen herrscht, ist ein Bericht der niedersächsischen Industrie- und Handelskammer. In diesem Bericht, der in der braunen Presse die Überschrift trägt „Niedersachsen bleibt zufrieden“, heißt es u. a.:

„In der Schwergewerbeindustrie stand die Rohstoffbeschaffung im Zeichen der bekannten Maßnahmen. In einem Fall war es möglich, im Verrechnungsverkehr, allerdings unter ungünstigen Zahlungsbedingungen, größere Mengen an Rohstoffen hereinzunehmen. Der Absatz im Inland hat sich gegenüber dem vorausgegangenen Vierteljahr kaum abgeschwächt. Der Export war nach wie vor schwierig, vereinzelt waren Entlassungen in geringem Umfang notwendig, eine Erscheinung, die bedingt ist.“

Die Belieferung der Baumwollwebereien im Kasseler Bezirk war maßgeblich bestimmt durch die Bewirtschaftungsmaßnahmen für die wichtigsten Rohstoffe. Die Preise haben in Rohbaumwolle nicht unerheblich angezogen, in Baumwollgarnen und Baumwollgeweben ist die Preiserhöhung etwas geringer. Die Verkaufspreise halten sich im Rahmen der Faserstoffverordnung. Der Absatz im Inland ging ohne Stockung vor sich, wobei in Betracht gezogen werden muß, daß zur Zeit noch alte Abschlüsse abzuwickeln sind. Das Geschäft nach dem Ausland lag teilweise ganz still, zum Teil ist es noch sehr erschwert und wenig gewinnbringend.

Im Oldenburger Bezirk stieß die Rohstoffversorgung sowohl aus dem Inland wie auch aus dem Ausland auf Schwierigkeiten. Die Beschäftigung war demgemäß uneinheitlich. Arbeiterentlassungen kamen jedoch noch nicht vor. Die Absatzmöglichkeiten waren im großen und ganzen gut, zum Teil lagen auch indirekte Auslandsaufträge vor.

Osnabrück berichtet, daß in den Baumwollwebereien die Arbeitszeit auf 36 Stunden, in den Spinnereien noch weiter gekürzt werden mußte. Im Inland waren die Absatzmöglichkeiten nach wie vor gut, infolge der gesetzlichen Maßnahmen mußte jedoch der Verkauf vorübergehend völlig eingestellt werden. Im Ausland konnten trotz größter Bemühungen

Das Volkseinkommen unter Hitler gesunken

Die Zahlen liefern den unwiderlegbaren Beweis

Seit Monaten haben die Agenten des „dritten Reiches“ in die Welt hinausposaunt, die Besserung der gesamten wirtschaftlichen Lage in Deutschland werde durch die Höhe des Volkseinkommens im Jahre 1933 bewiesen werden. Sie wußten schon im voraus, daß es seit Jahren zum ersten Male wieder gestiegen sei. In den Krisenjahren war das Volkseinkommen andauernd gesunken. Es betrug in Milliarden Reichsmark: 1929 76,1; 1930 70,2; 1931 57,1; 1932 46,5.

Es war demnach von seinem höchsten Stand im besten Konjunkturjahre 1929 um beinahe 30 Milliarden RM. gefallen. Im neuesten Heft für „Wirtschaft und Statistik“ (Nr. 18) sind die Angaben über das Volkseinkommen für das Jahr 1933 enthalten. Das Volkseinkommen ist vom Statistischen Reichsamt mit 46,4 Milliarden RM. ermittelt worden. Diese Höhe des Volkseinkommens wird als „leichte Besserung“ bezeichnet. Sie bringe eine Zunahme des Volkseinkommens um 1,1 Milliarden RM. oder um 2,4 Prozent zum Ausdruck.

Die gefälschte Nazi-Statistik

Nach dem großen Lärm, den die Nationalsozialisten mit dem angeblichen wirtschaftlichen Aufschwung, der nach der Machtübernahme durch Hitler eingetreten sei, gemacht haben, müßte diese geringe Steigerung des Volkseinkommens als außerordentlich müßig bezeichnet werden — wenn sie nur überhaupt vorhanden wäre.

Da aber nach allen bisherigen amtlichen Mitteilungen das Volkseinkommen für 1932, so wie oben angegeben, 46,5 Milliarden Reichsmark betragen hat, und sich 1933 auf 46,4 Milliarden beläuft, so ist keine Steigerung, sondern eine Verminderung des Volkseinkommens um rund 100 Millionen Reichsmark eingetreten.

Weil diese tatsächliche Bewegung des Volkseinkommens die offiziellen Lügen über den wirtschaftlichen Aufstieg und die Besserung der sozialen Lage enthüllt, muß sie gefälscht werden.

Wie machen es die Herren über Leben und Statistik, um die neuerliche Senkung des Volkseinkommens in eine Zunahme umzuwälzen? Sie sind nicht verlegen. Sie setzen einfach das Volkseinkommen für 1932 nachträglich von 46,5 auf 45,3 Milliarden Reichsmark herab. Dann wird aus der Verminderung um 100 Millionen Reichsmark eine Zunahme von 1,1 Milliarden.

Fürwahr, ein einfaches Rezept, das nur zu dem Zweck in Anwendung gebracht wurde, um eine günstige Entwicklung des deutschen Volkseinkommens vorführen zu können.

Verschlechterte Löhne und Gehälter

Zu diesem neuen Schwindel mußten die statistischen Knechte des Monopolkapitalismus um so mehr Zuflucht nehmen, als eine Aufspaltung des Volkseinkommens für 1933

die Verschlechterung der Lage der vielen Millionen Arbeiter, Angestellten und Arbeitslosen erkennen läßt. Es betrug das Volkseinkommen aus:

	Lohn u. Gehalt	Pensionen u. Renten
1929	43,0	9,2
1930	39,6	10,0
1931	33,1	10,0
1932	26,2	9,2
1933	26,0	8,4

Daraus geht einwandfrei hervor, daß im Jahre 1933 das Volkseinkommen aus Lohn und Gehalt noch um 200 Millionen Reichsmark geringer ist, als 1932 — obwohl die Arbeitslosenziffer im Jahresdurchschnitt um etwa 800 000 niedriger sein sollten und außerdem die Löhne und Gehälter ihre alte Höhe behalten haben sollten.

Aber natürlich beginnt auch wieder die nationalsozialistische Hexerei, die aus einem Rückgang eine Vermehrung zu machen versteht. Da der Betrag für 1933 nicht einfach willkürlich erhöht werden kann, so wird

das Volkseinkommen aus Lohn und Gehalt für 1932 eben nachträglich „berichtigt“, und zwar so, daß es um 500 Millionen Reichsmark herabgesetzt wird! Nach dieser Korrektur beträgt es für 1932 nicht mehr 26,2, sondern nur noch 25,7 Milliarden Reichsmark und nun ergibt sich auch für 1933 eine Vermehrung um rund 300 Millionen Reichsmark!

Barleistungen der Sozialversicherung gesunken

Bemerkenswert ist außerdem die Bewegung des Einkommens aus Pensionen und Renten. Es fallen darunter die Beamtenpensionen, Altenteilbezüge, Renten und sonstige Barleistungen der Sozialversicherung, Kriegsrenten, Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen.

Dieses Einkommen hat sich gegenüber 1932 um 800 Millionen Reichsmark vermindert.

In dem Artikel in „Wirtschaft und Statistik“ wird nun zugegeben, daß das Einkommen aus den Beamtenpensionen gestiegen ist und der Rückgang nur bei den Einkommen aus den anderen Bezügen stattgefunden hat. Es ergibt sich sonach, daß

im Jahre 1933 die Barleistungen der Sozialversicherung, die Kriegsrenten, die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen um annähernd 1 Milliarde Reichsmark gesunken sind.

Mit dem Rückgang von 200 Millionen Reichsmark bei dem Einkommen aus Lohn und Gehalt ist also für das Jahr 1933 ein Rückgang des gesamten Volkseinkommens aus unselbständiger Arbeit um rund 1,2 Milliarden Reichsmark festzustellen.

Gute Zeiten für Unternehmer

Anders ist die Entwicklung der übrigen Teile des Volkseinkommens. Es betrug aus Unternehmertätigkeit: 1929 18,4; 1930 15,5; 1931 11,2; 1932 9,6; 1933 10,5. Hier ist also tatsächlich eine Steigerung um rund 900 Millionen Reichsmark eingetreten.

Interessant ist weiter, daß auch das Einkommen aus Kapital- und Grundvermögen mit 2,3 Milliarden Reichsmark die gleiche Höhe erreicht hat, wie 1932. Die „Berechnung der Zinsknechtschaft“, die die Nationalsozialisten vor der Machtergreifung dem deutschen Volke als heiligste Tat versprochen haben, ist demnach den Kapitalbesitzern nicht schlecht bekommen.

Schließlich rechnet die nationalsozialistische Statistik noch vor, daß die Zunahme des realen Volkseinkommens gar 4,6 Prozent gegenüber 1932 betrage. Bleiben wir aber bei den nicht nachträglich „berichtigten“ — lies: gefälschten — Zahlen des Volkseinkommens aus Lohn, Gehalt, Pensionen und Renten, also aus unselbständiger Arbeit, so stellen wir für 1933 eine Senkung des nominalen Einkommens um etwa 2,5 Prozent fest.

Da aber gerade der Teil des Volkes, der von dem Einkommen aus „unselbständiger Arbeit“ lebt, im Jahre 1933 mit Spenden, „freiwilligen“ Abgaben und Hilfen mächtig geschröpft worden ist, da außerdem auch die Preise für die unentbehrlichsten Lebensmittel und Bedarfsartikel stark angezogen haben, ist zwar nicht die Erhöhung, wohl aber der Rückgang dieses Teiles des Volkseinkommens, der auf die breiten Schichten des arbeitenden Volkes entfällt, mit mindestens 4,6 Prozent einzusehen.

Diese Wahrheit über das Volkseinkommen stimmt überein mit allem, was in der jüngsten Zeit entgegen der amtlichen Lügenpropaganda über die tatsächliche wirtschaftliche Situation und über die soziale Lage der Arbeiterklasse in Deutschland bekannt geworden ist.

Das deutsch-argentinische Handelskommen

Zwischen der deutschen Regierung und der Republik Argentinien ist ein Abkommen über den Handels- und Zahlungsverkehr abgeschlossen worden, in welchem die gegenwärtigen deutschen Devisen- und Rohstoffschwierigkeiten Berücksichtigung finden. Das Abkommen sieht u. a. folgendes vor:

Die deutsche Regierung verpflichtet sich, solange sie eine Devisenkontrolle aufrechterhält, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den deutschen Einfuhrfirmen von Erzeugnissen argentinischen Ursprungs die Zahlungen und entsprechenden Ueberweisungen von Beträgen zu einem Kurse zu ermöglichen, der nicht ungünstiger ist als derjenige, der auf die Einfuhr aus irgendeinem anderen Ursprungsland angewandt wird.

Die Regierung des Deutschen Reiches wird, solange sie das System der Einfuhrkontingente aufrechterhält, Erzeugnissen argentinischen Ursprungs eine angemessene und möglichst günstige Behandlung gewähren, wobei der Umfang des normalen Warenaustausches zwischen den beiden Ländern und die Gesamthöhe der für die einzelnen Erzeugnisse festzusetzenden Kontingente berücksichtigt werden.

Dissidentische Lehrer — in Braun

Kein Zwang mehr zum Religionsunterricht

R.— Die „nationale Revolution“ in Deutschland wurde von der gesamten kirchlichen Reaktion mit Freude begrüßt, weil die neuen Machthaber sich zu einem „positiven Christentum“ bekannten. So verfügten gewisse Bezirksregierungen Entlassungen gegen dissidentische Lehrkräfte mit dieser Begründung: Da der neue Staat ein christlicher sei, könne er keine dissidentischen Lehrer dulden. Der erreaktionäre sächsische Bildungsminister Hartnacke verordnete als erstes den gesetzlichen Zwang für alle Kinder und Jugendlichen, an dem christlichen konfessionellen Religionsunterricht teilzunehmen.

Nachdem diese und ähnliche Verordnungen bekannt geworden waren, brach eine Panik aus unter den dissidentischen Lehrern aller Richtungen. Sie meldeten, teilweise unter entwürdigenden Formen, ihre Mitgliedschaft zu einer Kirche wieder an. Reventlow stellte in seinem „Reichswart“ fest, daß kaum einer Manns genug geblieben sei, seine Überzeugung zu behaupten. Er verlangte aber für die Anhänger einer deutschvölkischen Weltanschauung Freiheit der Entscheidung.

Praktisch hat es fast ein ganzes Jahr keine dissidentischen Lehrer im Dienst, kein Ferableiben vom Religionsunterricht gegeben. Man hielt das für unvereinbar mit dem nationalsozialistischen Bekenntnis zum „Positiven Christentum“.

Mittlerweile hat sich vieles geändert. Nicht nur haben die „Deutschen Christen“ die protestantischen Kirchen bis zum Ruin „geeinigt“, neben ihnen sind auch die deutschheidnischen Gruppen mächtig geworden und haben Anerkennung errungen. Diese Anerkennung von „Geistes-

freiheit“ hat nun auch rechtliche Konsequenzen zur Folge gehabt. Zuerst wurde in Württemberg ausdrücklich verordnet, daß deutschheidnische Dissidenten Lehrer sein, und — das war früher die Streitfrage —, daß sie sogar als Dissidenten ins Beamtenverhältnis überführt werden dürfen. Aus anderen Ländern sind gleichlautende Bestimmungen bisher nicht bekannt geworden, doch darf geschlossen werden, daß die Verordnung im Sinne des Reichsunterrichtsministers liegt — und damit im Bereich aller Unterrichtsverwaltungen praktische Bedeutung gewinnt.

Herr Reichsbildungsminister Rust ist den deutschheidnischen Gruppen durch eine besondere interessante Verordnung entgegen gekommen. Für sämtliche Unterrichtsverwaltungen wurde bestimmt, daß ein Zwang zur Teilnahme am Religionsunterricht nicht mehr ausgeübt werden dürfe. Entgegenstehende Erlasse sind zurückzuziehen.

Selbstverständlich bezieht sich diese Wiederherstellung, ja Erweiterung von Freiheiten der Weimarer Verfassung nur auf den Bereich der unter dem kommandierenden Bischof Müller zu Hohn und Spott gewordenen protestantischen Einheitskirche. Ein katholischer Dissident kann nach wie vor nicht an einer katholischen Schule beschäftigt werden.

Ebenso selbstverständlich ist es, daß die gewährte Freiheit nicht den sozialistischen Freidenkern und Verehrern echter Wissenschaft zugeordnet war. Wieweit aber diese Freiheit ausgenutzt werden kann und wird, muß genau beobachtet werden. Daß sie von unseren Freunden ausgenutzt werden sollte, dürfte keine Frage sein.

Die „Pfeffermühle“ mahlt...

Aus Zürich wird uns geschrieben:

R.— Deutsche sind es, die deutsche Kultur in der Welt in Verruf bringen, entweihen, verachten, was die Welt mit Dank und Verehrung aus Deutschland empfangen hat. Verjagte, ausgebürgerte, illegale Deutsche sind es, die die Hoffnungen wachhalten, es könne einmal wieder das europäische Deutschland zu Geltung und Ehre kommen. Ihnen ist viel anvertraut. Dessen sollten sie bewußt sein und in diesem Bewußtsein wachsam und kritisch. Haß und Liebe machen zwar blind — aber auch sehend. Fremde macht fremd — aber auch eigen. Man muß sich hindurchfinden. „Vernunft und Freiheit bleiben unsere Lösung.“ (Hegel.)

Mit Vorgesandten dieser Art gehen wir, das dritte Programm der emigrierten Pfeffermühle zu sehen und zu hören. Leitung und Ansage liegen nach wie vor bei Erika Mann. Die Texte sind durchgehend von Klaus und Erika Mann. In den Dichtungen Erikas geht dies und das daneben, ist nicht alles voll ergriffen — wie auch in der Wiedergabe gewisse Stellen leer verhallen. Doch sind eben auch höchst einprägsame, zeit- und wortgerechte Dinge dabei, die aufwiegen und überwiegen.

Zum Andenken an den toten, den ermordeten Dichter Erich Mühsam hören wir sein Spottgedicht auf die unentschiedenen Revolutionäre. „Der Revoluzzer“. Und es fällt einem ein dabei, wie einzigartig dieser Unvergessliche gewagt und sich eingesetzt hat.

Alles in allem sei festgehalten, daß dies Programm, das zur Zeit in Basel, demnächst in Bern gespielt werden wird, gegenüber dem zweiten eine Steigerung bedeutet. Es ist geschlossener, insgesamt aktueller, auch hinsichtlich der Spielerwahl stärker.

Mit besonderem Vergnügen sehen wir Lotte Goslar und Therese Giehse wieder. Das getanzte „Märchen vom Gassenkind im Himmel“ zum Beispiel ist eine außerordentliche Leistung der Goslar, ein Chaplinade voll anregender Komik mit leichtem Trauerrand. Auch ihr „Alröschchen“, ihre „Witwe“, ihr „Tapferes Schneiderlein“ sind erstarrt, das Wagnis zur Grotteske, das hier eine gutgewachsene Frau unternimmt, bejahend. Therese Giehse hat Schwere und Kraft für die ernstesten Dinge. Ihr Höhepunkt im „Märchen von des Fischers Frau“. „Er tat wie ihm geheißen“

Koch die Volkskunde!

Die Nationalsozialisten haben weder das Pulver noch die Volkskunde erfunden, so geru sie sich dessen zu rühmen pflegen. Es gab schon lange vor Hitlers Zeiten wissenschaftliche Vereine, die sich mit Volkskunde befaßten. Den Mitgliedern dieser ernst gemeinten Vereine sträubten sich die Haare auf dem Kopf, wenn sie den faustdicken Blödsinn betrachteten, der heute unter der Marke „Volks- und Rassenkunde“ an die Menge zwangsverfüttert wird. Und weil ihnen ihre Sache am Herzen liegt, bringen sie nicht über sich zu schweigen.

In Heidelberg wurde kürzlich ein Volkskundetag begeben, dessen Verlauf die neudeutschen Rassisten bitter enttäuschte. Wo sie Honig zu saugen hofften, wurden ihnen essigsaurer Wahrheiten kredenzt.

Gleich in der Begrüßungssprache ging Professor Dr. John Meier, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Volkskundevereine, kräftig ins Zeug. Er erklärte klar und frei, es sei rassenkundlich unmöglich, von einer geistigen Autarkie des vorchristlichen Germaniens zu sprechen, vor allem aber sei die Verbindung der Begriffe „deutsch“ und „nordisch“ schon seit Jahren von der Wissenschaft als unrichtig anerkannt. Allerdings wisse er, so fügte der Professor mit bitterer Resigniertheit hinzu, daß „die Wissenschaft heute nicht hoch im Kurs steht“.

Die anderen Redner, durchwegs anerkannte Wissenschaftler, hielten gleichfalls nicht hinterm Berge. Professor Koch, Gießen, wagte es sogar, die „bäuerliche Volksfrömmigkeit“,

und der Butt macht die Frau zu König und Kaiserin. Er spricht: „Frau, laß wählen!“ Da das schlecht ausgeht, ändert sie die Zahlen; sie wird Papst, doch als sie sich zum Allerhöchsten erhoben sehen will, antworten Schweigen, Feuer und Zerschmetterung. Wir kennen das bilderreiche Märchen, das hier zum Gleichnis wird. Therese Giehse spricht ein Gedicht: „Weil ich will“ — es wird ihr daraus ein hitterer eindringlicher Alarmruf.

Unter den sieben Akteuren, neben denen nicht vergessen seien Magnus Hennig und Werner Kruse, Komponisten und „Flügelmänner“, erscheint ein neuer Mann, Hans Sklenka. Der ist der Hans Unglück im „Märchen vom Hans im Glück“. Alles wird ganz leise; denn dieser gute Junge verliert nicht nur die leidige Arbeit, die leidige Heimat (weil er in der Liste steht), nicht nur Weste und Schuhe, auch Paß und Bürgerrecht und steht nahe neben uns. Er macht kein Pathos darum, es ist alles ganz einfach zu übersehen — und macht den größten Eindruck.

Sybille Schloß steckt nicht gerade in einem glücklichen Kostüm, und ihre Seerjungfrau-Nutte mag einem nicht ganz glaubhaft scheinen. Das liegt allerdings nicht bei ihr. Doch als „Katerlieschen“-Witwe fanden alle sie liebenswert.

„Kam der große Krieg daher...
Bald war der Frieder Leutnant...
Er kommt nie mehr zurück...
Wie konnt ich das vorher wissen? ...“ O, ja!

Igor Pahlen, „Mann der Stunde“ — „Riech ich nicht nach Erde und nach Blut?“ — da fehlt im letzten Grausen des Henkers etwas Glaubwürdigkeit. Die Zeilen Mühsams formt er ganz aktuell und lebendig, wirklich dankenswert.

„Grenzenlos begrenzt sind wir...“ Mit dem „Reiselied“ führt sich Heinrich Ortmaier packend ein, der sich auch weiterhin als vielseitig und geschickt erweist.

Das Ganze wird von Erika Mann amüsant und witzig umrahmt und betreut. Der Erfolg ist wieder außerordentlich, womöglich noch gesteigert, was uns ehrlich freut. Möge der in vorsichtigen Dosen verstreute Pfeffer beizen und anregen. Ein Trost ist die mahlende „Pfeffermühle“ für uns Versprengte, wichtig ist sie für das ganze deutsche Sprachgebiet, Anlaß zu immerwährender brennender Erinnerung.

in der die Bluh-Leute einen „köstlichen Schatz germanisch-nordischen Seelentums“ zu erkennen meinen, als finsternen Aberglauben abzutun.

Der „Völkische Beobachter“ heult natürlich auf wie ein getretener Höllenhund:

„Uns scheint, daß sich die Volkskundewissenschaft in einer falschen Sicherheit wiegt, wenn sie glaubt, sie habe es nicht nötig, sich gleichzuschalten, weil sie schon Volkstumsarbeit zum Gegenstand hatte, lange bevor sie durch den Nationalsozialismus ihre entscheidende Wertschätzung erfuhr. Die innere Verbundenheit der deutschen Volkskundewissenschaft mit dem Nationalsozialismus ist bedauerlich locker.“

Daß ausgerechnet die deutschen Volkskundler gegen das rassedurchschwängerte Blut- und Bodenreich eine deutliche Oppositionsstellung bezogen haben, entbehrt in der Tat nicht des Humors. Sie verstehen eben zu viel von der Sache — man wird sie kaltstellen oder kaltmachen, wenn sie ihre Kenntnisse nicht an den Nagel hängen.

„Ruck-Zuck“

Aus dem Neuigkeitsverzeichnis des deutschen Musikalienhandels:

„Deutscher Frontgeist“, Marsch für Blasmusik; „Jungvolk tritt an“, „Von allerlei Tieren“, ein lust. z. Musizieren... Ruck-Zuck.

Ein wirklich lustiges Stückschritt-Musikereul

Bestandaufnahme

Bestände werden aufgenommen
Von Hülsenfrüchten, Kaffee, Tee.
Man muß doch durch den Winter kommen!
Hunger und Autarkie tun weh...

Zwar heißt's, es sei für die Statistik.
(Muß die Statistik hungrig sein!)
Doch auf geölte Rabulistik
Fällt mancher immer noch hinein.

Nur dumm, es scheint nicht recht zu langen.
— Für braune Bouzen langt es wohl, —
Jedoch das Volk ist nicht zu fangen
Mit Redeschmalz und Phrasenkohl!

Drum prüft man ängstlich die Bestände
Ein Raunen geht derweil durch's Land:
Wann geht es wohl mit euch zu Ende,
Wie lang hat Hitler noch Bestand?

Mucki.

Entartetes Publikum

In anderen Ländern beginnt die Theatersaison wieder, in Hitlerdeutschland haben verschiedene Theater, die im Frühjahr noch bestanden, vorläufig nicht wieder eröffnet. Was wird von den anderen übrig bleiben? Die Nazipresse hat den Auftrag, stärkeren Theaterbesuch zu erpressen, denn wenn selbst die wenigen noch verbliebenen Theater leer sind, ist das ein zu drastisches Zeichen dafür, wie sehr das deutsche Drama und das deutsche Volk auf den Hund gekommen sind. Und so wird denn die Parole ausgegeben: „Wer dem deutschen Theater lebt, der lebt Deutschland“. So drückt ein gewisser Buchhorn, brauner Gauamtsleiter für Presse und Kunst, in der „Gubener Zeitung“ aus. Nebenbei wirft er den Marxisten vor, daß sie das Publikum verdorben hätten, indem sie „politische Predigt zum Klassen- und Rassenhaß auf die Bühne trugen...“ Das wird selbst dem Goehhels zu plump gelogen sein. Wo ist ein einziges Stück der „Systemlinken“, das den Rassenhaß predigt? Nachdem man in Gangsterien jeden Menschen von Geschmack mit der Rassenhetze der großen und kleinen Johnste aus dem Theater geekelt hat — in einem Falle mußte Johst das Größte streichen, weil ausländische Pressevertreter protestierten —, ist es wieder der Marxismus gewesen. So sehen jetzt deutsche Zeitungen aus.

Warum, wenn es nun mal in Hitlerdeutschland keine zugkräftigen braunen Autoren gibt, macht man fürs Theater nicht das nach, was jüngst der Malerei geschah? Es gab in Dresden eine Ausstellung „Entartete Künste“. Sie sollte zeigen, was undenklich ist. Nicht nur die wildesten Expressionisten von ehemals, sondern auch Künstler, wie Feininger und Nolde hingen dort am Pranger. Keine Kunstausstellung des letzten Jahres war so besocht wie diese! Die Leute atmeten hörbar auf. Endlich sah man wieder einmal echte, freie, unabhängige Malerei, endlich mal eine wirklich künstlerische Abwechslung im monotonen Einerlei des braunen Kitsches. Warum arrangiert man in den deutschen Städten nicht ein Woche „Entartetes Drama“ und spielt Strindberg, Wedekind, Shaw, Sternheim, Kaiser, Rölller usw. Rennen würden die Leute: Endlich mal wieder richtiges, freies, lebendiges Theater! Rennen würde das Publikum, weil es so entartet ist, daß sich selbst die Nazis in den Stücken der Demokratie wohler fühlen, als in denen der Buchhörner. Denn obiger Gauamtsleiter Buchhorn hat auch eins geschrieben, eines aus der Schülzeit, was demnächst aufgeführt werden soll — daher sein obiger Artikel fürs knalldeutsche Drama. Einer von den vielen braunen Dilettanten, die ihren amtlichen Posten mißbrauchen, um den eigenen Mist wehlosen Direktoren aufzuzwingen!

Neuerscheinungen

In diesem Herbst erscheinen in der deutschen Abteilung des Verlages Allert de Lange folgende Werke:

- Georg Bernhard: „Dilettanten am Kapitalismus“
- Bertold Brecht: „Dreigroschenroman“
- Max Brod: „Heinrich Heine“ (Biografie)
- Otto Brod: „Die Berauschten“
- Egon Erwin Kisch: „Geschichten aus sieben Ghettos“
- Alfred Neumann: „Neuer Cäsar“ (historisch. Roman)
- Josef Roth: „Der Antichrist“
- René Schickele: „Liebe und Aergeris des D. H. Lawrence“
- Karl Tschuppik: „Maria Theresia“ (Biografie)

Das Verleger-Paradies

Der Terror des Nazismus hat zu einem grotesken Vorfall geführt. Der Verlag Knauer, Berlin, hat die von ihm herausgegebene Kunstgeschichte von Haman in Höhe von 30 000 Exemplaren einstampfen lassen, nur weil sie eine ungünstige Kritik im „Völkischen Beobachter“ erfahren hatte!

Ehrung für Miguel Unamuno

Der spanische Dichter und Philosoph Miguel Unamuno, der in diesen Tagen seinen 70. Geburtstag feierte, hat seinen Rücktritt als Lehrer für klassische Philologie an der Universität Salamanca und als langjähriger Rektor dieser altherühmten Hochschule erklärt und wird sich in den Ruhestand setzen. Aus diesem Anlaß veranstaltet die Universität Salamanca eine feierliche Ehrung Unamunos, an der sich auch die Regierung beteiligt. Der Präsident der Republik, sämtliche Minister und Abordnungen der Hochschulen, Professoren und Studenten wohnen dem Festakt bei. Die Regierung ernannte Unamuno zum Ehrendoktor von Salamanca und beschloß in einem besonderen Anlaß die Schaffung eines eigenen Lehrstuhles, der seinen Namen trägt und ihm zeit- und lebenslang zur freien Lehrtätigkeit zur Verfügung stehen wird.

Der Prozeß

Von Erich Menk

Die folgende Novelle behandelt eine Episode aus der Geschichte der Dänischen Lande. Sie schildert in freier Gestaltung den Sturz des Ministers Struensee, der als Günstling des geisteskranken Friedrich VII. den Versuch gemacht hatte, von oben her mit dem absolutistischen Regierungssystem zu brechen. Die Novelle beginnt mit der Darstellung der Palastrevolution, die, gestützt auf den Beistand einer habgierigen Junkerclique, Struensee hessigte. Die Darstellung des Prozesses, den man ihm machte, zeigt, wie gleichartig von damals bis heute die Methoden der Reaktion sind, wenn es gilt, die Träger sozialen Fortschritts zu bekämpfen.

(Schluß)

Aus dem großen Schwalle der Worte herausgeschält, bestanden nämlich die Anklagen zu diesen Punkten einzig und allein in dem Vorwurf der zu großen Macht, die Struensee dank seinen Fähigkeiten und der Gnade der Majestäten erworben und der Liebe und Verehrung, die ihm das niedere Volk wegen des müßigen und gerechten Gebrauchs der Staatsgewalt entgegengebracht hatte. Denn gerade Struensee war es, der die übermäßigen Vorrechte des Adels zugunsten des Bauernvolkes beschnitten hatte. Diese Anklagen hatten nun aber ein besonderes Gewicht, da die Adelpartei aus den Erfahrungen des Vormittags rasch gelernt hatte und kurzentschlossen in der Gerichtspause eine Anzahl verkleideter Gendarmen und Gardesoldaten auf die Galerie des Saales schickte; diese verlangten mit großem Getöse, ohne daß das Gericht sie hinderte, die schärfste Verurteilung der Angeklagten.

„Haben sich die beiden Angeklagten nicht,“ so rief der Kammerfiskal aus, „in der schamlosesten Weise am Gute des Königs bereichert? Im Vorjahre hat Seine Majestät den beiden unehelichen Dienern noch je 6000 Taler geschenkt. Sie haben sich damit nicht begnügt, sondern dieser Zahl noch eine Null ungeredtermaßen beigelegt, so daß jeder 60 000 Taler erhielt, und diesen Betrag haben sie zusammen mit der gewesenen Königin und anderen Betrügnern, die später abgerichtet wurden, durchgeführt. Es kann keinen Menschen geben, der glauben möchte, daß eine so große Summe Geldes zum Geschenk gemacht sein könnte, so sehr auch die Angeklagten leugnen, die Fälschung und den Betrug begangen zu haben. Aber der volle Beweis für die Schuld der Angeklagten ist in diesem Punkte die Tatsache, daß Seine Majestät sich so großer Schenkungen nicht erinnert, was ohne Zweifel dann der Fall gewesen wäre, hätte er ein so gewaltiges Geschenk gemacht.“

„Hohes Kollegium,“ so schloß der Ankläger, „Thron und Staat sind in Gefahr, an Euch ist es, beide zu retten und als Werkzeuge Gottes und der unachtsichtigen Gerechtigkeit die frevelhaften Taten der Angeklagten zu ahnden. Bedenkt, welches Mißfallen es in den Augen des Hohen Königs und aller gerecht Denkenden erregte, trübe nicht die Angeklagten die volle und rückhaltlose Schärfe der Gesetze unserer Lande. Und so fordere ich die schwerste und schimpflichste Strafe, welche unsere Gesetze vorsehen gegen solche Missetäter, die hätten sie mehrere Leben, diese alle um des Maltes ihrer Schuld willen verwirkt hätten.“ Während der Kammerfiskal sich umständlich mit seinem gebauerten Tuche den Schweiß von der Stirne wischte und sich auf der Galerie ein mächtiges Geschrei erhob, in dem er mit erhobener Stimme, „dein Schuldhaftes getan? Es ist richtig, daß Graf Struensee zusammen mit Ihrer Majestät, der Königin . . .“ „Der gewesenen Königin,“ verbesserte ihn der Präsident des Kollegiums. . . . der Königin,“ fuhr der Verteidiger fort, „die Staatsgeschäfte geführt und alle die bestellte und gekaufte und die wahre Volksmeinung gegeneinander stritten, flüsterte der Graf von Brand, um

ihn, der zusammengesunken war, zu ermuntern, Struensee zu: „Diese Wanze müßte man der alten Braunschweigischen mal ins Bett legen.“ Als dann wurde die Verhandlung auf den folgenden Morgen vertagt, da es inzwischen schon abend geworden war.

In dieser Nacht, die sie zum ersten Male seit Beginn ihrer Haft gemeinsam verbringen durften, sprachen Brand und Struensee über ihr Schicksal und das traurige Los, das ihnen beschieden war. Struensee klagte in bitteren Worten die Regierung und das Gericht an und ließ es auch nicht an Klagen gegen das Volk fehlen, welches ihm im Stiche gelassen habe. Er habe doch immer das Gute und das Heil des Volkes und der Königin gewollt und nie Vorteil für seine Person gesucht. „Aber das ist es ja gerade,“ fiel ihm Brand ins Wort, „was sie Euch und mir vorwerfen, daß wir in den Wohlthaten für das gemeine Volk und seinem Wohlergehen die Aufgaben der Regierung gesehen haben. Und was verlangt Ihr vom Volk? Seine Gunst ist wandelbar und es glaubt nicht an seine Kraft.“ Er bereitete Struensee lächelnd darauf vor, daß von solchen Richtern weder Gerechtigkeit noch Gnade zu erhoffen sei. Als Struensee sich dann in zerquälten Vorwürfen erging, daß er ihn und die Königin und die anderen Getreuen in maßloses Unglück gezogen habe, entgegnete ihm Brand voller Stolz, der einzige Vorwurf, den er ihm zu machen habe, bestehe nur darin, daß Struensee nicht Standhaftigkeit und Verachtung genug gegenüber solcher Art Richtern gezeigt habe. Es handle sich nur noch darum, die wahren Gründe der Anklage darzulegen und nicht mehr zu trachten, das Leben zu retten. Struensee wußte das ebenso wie Brand, aber er war nicht stark genug, es sich so klar einzugestehen. Unter solcherlei Gesprächen verbrachten die Beiden die letzte Nacht vor dem Urteilspruch.

Am folgenden Morgen begann die Verhandlung mit der Verteidigungsrede des Anwalts Uhlidal. Sein Ruhm, der weit über die Grenzen des Landes hinaus gedrungen war und die besondere Stellung, die sein Beruf ihm gewährte, gaben ihm den Mut, die wirklichen Hintergründe der Anklage darzulegen. In seinem Bestreben, nichts unversucht zu lassen, das Leben der Angeklagten zu retten, zeichnete er das Bild jener gelungenen Revolution, deren Gewaltakte, wie jedermann wußte, der gegenwärtige Prozeß erst rechtefertigen sollte. „Es war in der Nacht vom 16. zum 17. Januar,“ rief er aus, „und die nichts ahnenden Teilnehmer des Hofballes hatten sich gerade nach Hause begeben. Auf Anraten Ihrer Majestät, der Königinwitwe und Seiner Hoheit des Prinzen Friedrich begab sich der eingeweihte Obrist Köller zu den Wachen mit der Erklärung, er sei vom König beauftragt, den Grafen Struensee und die Königin sowie deren Anhänger in Haft zu nehmen. Sein Rang und sein ungestümes Auftreten erschreckten die Offiziere der Wache derart, daß es keiner wagte, ihn nach den Orders zu fragen. So gelang der Anfuhr, zu dem man die Massen des niedersten Volkes, den Mob der Straße, zusammensuchte und mit Hilfe bezahlter Spitzel vor das königliche Palais führte. Hier spiegelte man Seiner Majestät einen Anschlag auf sein Leben und das Schloß vor, damit er die vorbereiteten Papiere, die die Verhaftung der Angeklagten anordneten, unterschrieb. Was haben die Angeklagten,“ rief er, „gezeichnet hat. Und was das nicht nötig zum Heile des Staates zu einer Zeit, da die Ratgeber des Königs Söldner fremder Regierungen waren und der König selbst nicht in der Lage war . . .“ Der Präsident unterbrach den Verteidiger wiederum und bat ihn, den Satz nicht zu Ende zu sprechen. Dem folgte der Verteidiger auch, darauf hinweisen, daß man doch allgemein verstehe, was er zu sagen beabsichtigt habe. „Wenn die Anklage dem Grafen Stru-

see vorwirft, er habe den geheimen Kabinettsrat abgeschafft, so kann es niemand kundigen geben, der zu leugnen vermöchte, daß diese Reform der Konstitution nicht weniger dem Heile des Volkes als auch dem Grundsatz einer Führung des Staates nach den Forderungen der freiesten Geister unserer Zeit entspricht. Wohl ist es das verbriefte Recht des Adels gewesen, dieser Institution anzugehören und durch sie seine Ansprüche gegen König und Volk zu vertreten, aber es darf doch nicht verkannt werden, daß der Adel nicht mehr in einem Stande war, der ihm die gleichen Rechte verbürgte wie ehemals. Aber ich weiß, daß die Abschaffung des Rates die schärfste Ursache für den Sturz des Grafen Struensee war, um so mehr als sein ehemaliger Freund, Graf Rangau, der bei dem Staatsstreich eine so seltsame Rolle spielte, am schwersten durch diesen Staatsakt getroffen wurde.“

Ich frage: Waren die Dänischen Lande je unabhängiger, stärker, sicherer, als in der kurzen Zeit, da Struensee die Geschäfte führte? Er hat die Regierung vom Einfluß Rußlands und Frankreichs befreit. Er hat die zerrütteten Finanzen des Landes geordnet. Er hat die kostspielige Hofhaltung abgeschafft, er hat das Gerichtswesen verbessert, die Sportleuten beseitigt. Er hat die Prozeßordnung, die für den Unkundigen ein wirres Paragrafengestrüpp war, das unzählige Fallgruben und Nege verbarg, vereinfacht, er hat die Armee reformiert und die Adligen, welche als Hoffleute des Königs Kasse leerten auf ihre Güter geschickt. Diese Reformen, ich spreche es aus, waren der Grund der Revolution, sie waren der Grund für die Anklagen. Das Wort Struensees, daß alle Menschen gleich seien vor den Gesetzen und daß Freiheit jeder für alle Handlungen habe, die nicht gegen die natürliche Ordnung verstoßen, hat mehr zu seiner Verhaftung beigetragen, als das alle Punkte der Anklage taten. Und wäre dieser Mensch, der groß ist in seinen Plänen, ebenso tatkräftig und stark gewesen in ihrer Durchführung, so wäre nicht er es, der heute hier als Angeklagter steht.“

Bei diesen Worten unterbrach der Präsident wiederum den Verteidiger und ließ ihn in wenig freundlicher Weise, endlich zu den Punkten der Anklage zu sprechen und die Geduld des Kollegiums nicht zu lange auf die Probe zu stellen. So sprach Uhlidal zu der Anklage und wies in bestimmten Ausdrücken nach, wie gering ihr Inhalt war, so daß am Ende seiner Rede das zuhörende Volk schwieg und kein Mensch glauben konnte, es gebe ein Gericht, welches nach solcher Verteidigung noch zu einem Schuldspruch kommen könnte.

Nach einer angesichts der Wichtigkeit des Spruches lächerlich kurzen Beratung erschien das Gericht wieder und die Mitglieder betraten im Gänsemarsch nach ihrem Range den Saal. Der Vorsitzende verkündete heiser das Urteil. Es war ganz still im Saal. Nur die Stimme des Präsidenten war zu hören. Er sprach vor sich hin, als schäme er sich des Spruches. Der Wortlaut des Urteils war so lang, daß es unmöglich in den wenigen Minuten der Beratung niedergelegt werden sein konnte. Seine Schlußsätze lauteten so:

„Es wird für Recht erkannt, die Grafen Johann Friedrich Struensee und von Brand ihnen selbst zu wohlverdienter Strafe und anderen Gleichgesinnten zum Beispiel und Abscheu, Ehre, Leib und Gut verbrochen haben, ihrer Gräflichen und allen anderen ihnen verliehenen Würden entseht seien, und ihr gräfliches Wappen vom Scharfrichter zerbrochen, sodann Johann Friedrich Struensee und Brands rechte Hand und darauf ihr Kopf ihnen lebendig abgehauen, ihr Körper geviertelt und aufs Rad gelegt, der Kopf mit der Hand auf einen Pfahl gesteckt werden solle.“

Das Urteil wurde vollstreckt. Mit jener Zeit begannen zwischen dem Volk und den Regierungen die Gegensätze und Feindseligkeiten, die ein Jahrhundert lang dauern sollten.

Die Gefangenen auf der Plassenburg

Von Jakob Wassermann

Diese Novelle ist eines der Hauptstücke in Wassermanns bedeutender Rahmenerzählung „Der goldene Spiegel“.

Noch heute bietet die Plassenburg mit ihren zyklischen Mauern, schönen Toren, mächtigen Türmen, zierlichen Erkern und Rundbögen einen stolzen Anblick. Es hausten in ihr die Grafen von Andechs, die Herzoge von Meran und das berühmte Geschlecht derer von Orlamünde; hier spann Markgraf Johann, der Alchimist, seine goldsucherischen Träume, verübte Friedrich der Unsinige seine Gräueltaten, versammelte der wilde Albrecht Alkibiades seine Söldnerscharen, hielt sich die Sachsenkönigin Eberhardine auf der Flucht vor dem schwedischen Karl versteckt, und von den Hussiten und Bauernkriegen bis zur Leipziger Völkerschlacht hatten kaiserliche, nordische, preußische und französische Generale ihr Quartier in den fürstlichen Gemächern. Und plötzlich, nach all den Grafen und Baronen und Feldherren und Dienertroß, Kutschen, Pferden und Jagdhunden, nach den prächtigen Gewändern, Puderperücken und goldenen Degen, zogen ganz andere Leute ein, verzweifelte Leute, entehrte Leute, ererbte Leute, arme Teufel, die zwischen den Kiefern des Schicksals zermalmt worden waren, Verführte, Belcidigte, Besessene, Abenteurer, Schwachköpfe, Bösewichter, und das Haus wurde zu einem Behälter des Elends, der Schande, der Wut, der Reue und der Hoffnungslosigkeit. Die Prunkräume sind zu zahllosen kleinen Zellen verbaut, und wo man vordem gescherzt, geschmaust, getanzt und pokuliert hatte, da ist jetzt eine Heimat der Seufzer und eine Stätte des Schweigens.

Vor allem eine Stätte des Schweigens. Denn für die Häftlinge der Plassenburg bestand eine eigentümliche und

furchtbare Strafverschärfung: es war ihnen aufs strengste verboten, miteinander zu sprechen. Sowohl im Arbeitsaal, als auch während des Aufenthalts im Hof hatten die Wärter hauptsächlich darauf zu achten, daß kein Gefangener an den andern das Wort richtete, und daß selbst durch Zeichen keinerlei Verständigung vor sich gehe. Auch in den Einzelzellen war es verboten, zu sprechen, und ein beständiger Wachdienst auf den Gängen hatte sich von der Einhaltung des Verbotes zu vergewissern. Wenn ein Sträfling eine wichtige Meldung zu erstatten hatte, etwa in bezug auf sein Verbrechen oder falls er sich krank fühlte, so genügte dem Wärter gegenüber das Aufheben der Hand; er wurde dann in die Kanzlei geführt, und zeigte es sich, daß er von dem Vorrecht in mutwilliger Weise Gebrauch gemacht, so unterlag er derselben Ahndung, wie wenn er unter seinen Genossen geredet hätte: der Kettenstrafe beim ersten Male, der Auspeitschung bis zu hundert Streichen bei wiederholtem Vergehen. Daß in einem gebildeten Jahrhundert eine so unmensliche Maßregel zu Recht bestand, ist kaum zu fassen; unter ihrem höllischen Druck sammelte sich die Verzweiflung wie ein Explosivstoff an, in den nur ein Funke zu fallen brauchte, um verderblich zu zünden. Dies geschah in der Zeit, von der ich erzählen will, in der freilich ein allgemein empörender Geist dem besondern Irrwesen zu Hilfe kam.

An einem Märzmittage des Jahres 1848 marschierten zwei wohlgekleidete junge Leute auf der Straße von Bayreuth nach Kulmbach. Sie hatten in ersterer Stadt ihr Gepäck mit dem Postwagen vorausgeschickt und benutzten das schöne Vorfrühlingswetter zu einer willkommenen Wanderung. Sie waren beide Schlesier, und beide waren sie oder gaben sie sich für Preußen, doch sonst hatten sie wenig Ähnlichkeit miteinander. Der eine, Alexander von Lobau, war

ein kleiner, blonder, blasser, schüchtern Jüngling, der andere, Peter Marij mit Namen, war dick, breit, brünett, sehr rotbackig und äußerst lebhaft. Sie kamen von Breslau, hatten Wien und Prag besucht, wollten nach Weimar und von dort an den Rhein. Peter Marij, ein ruheloser Kopf, hegte den Plan, nach England zu fahren, die damalige Zuflucht vieler Unzufriedener und Umstürzler, sein Gefährte besaß in Düsseldorf Verwandte, bei denen er zu Gast geladen war.

Land und Leute kennen zu lernen, war bei ihrer Reise nur die vorgespülte Absicht; im Grunde waren sie, wie alle Jugend jener Tage, von dem Drang nach Tat und Betätigung erfüllt. In ihrer Heimat hatten sie sich der Geheimbündelei schuldig gemacht, das Pflaster war ihnen zu heiß geworden, und sie hatten das Weiße gesucht, als gerade die Obrigkeit damit umging, sich ihrer zu versichern. Man war ihrer Zuverlässigkeit froh und ließ sie ungeschoren. An der Grenze von Böhmen hatten sie durch Zeitungsdepeschen gehobene Stimmung wurde nur durch das Bedauern getrübt, daß sie nicht hatten dabei sein dürfen, als das Volk nach langem Schmachten in Tyrannenfesseln — ich bediene mich der zeitgemäßen Ausdrucksweise — sich endlich an in West und Süd erhob sich alles, was nach Freiheit seufzte, und so war es denn schmerzlich, besonders für den blühenden Peter Marij, soweit vom Spiel zu sein. Er redete voraus, blieb dann stehen, perorierte und fuchtelte mit den Händen wie ein Tribünenredner. Ich sehe, ihr kennt ihn schon, er erscheint euch als ein harmloser Schwarmgeist, dessen Idealismus von etwas schulmeisterlichem Zuschnitt und dessen Berserkerwut gegen Fürsten und Pfaffen je ungeschädlicher ist, je geräuschvoller sie sich gebärden; aber damals waren auch die Phantasten, die aus wohlbewaffneter Ferne ihre Pfeile gegen Thron und Altar abschossen, gefährlich und verfeimt.

(Fortsetzung folgt)

Eine Niederlage Macdonalds

Labour siegt mit großer Mehrheit

London, 23. Oktober.

Bei einer Nachwahl in dem Londoner Wahlkreis North Lambeth heute der Arbeiterkandidat Strach mit großer Mehrheit.

Der Wahlkreis war bei den letzten Wahlen an einen liberalen Kandidaten gefallen, der sich für die nationale Regierung eingesetzt hatte. Das geizige Wahlergebnis ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die für den Arbeiterkandidaten abgegebene Stimmenzahl fast genau dieselbe des Jahres 1929 ist. Da sich bei den letzten Nachwahlen fast immer ein ähnliches Bild ergab, kann der Schluss gezogen werden, daß die Arbeiterpartei den bei den Wahlen des Jahres 1929 verlorenen Boden wieder zurückgewinnt. Eine Enttäuschung erlebte der Kandidat der Nationalen Arbeiterpartei, der als Parteigänger Macdonalds auf eine konservative Unterstützung gehofft hatte. Diese blieb jedoch aus. Die Konservativen blieben meist zu Hause, wie überhaupt die Beteiligung der bürgerlichen Wähler sehr schwach war. Die Wahlbeteiligung betrug nur 33 v. H. Mit dem geizigen Sieg hat die Arbeiterpartei den liebsten Sieg bei den Nachwahlen errungen.

Eine Rede Macdonalds

London, 23. Okt. Macdonald hielt am Donnerstagabend auf der Jahresversammlung der Internationalen Friedensgesellschaft eine Rede, die seine erste öffentliche Erklärung seit seiner Rückkehr von einem dreimonatigen Urlaub war. Er sprach über die Notwendigkeit, den Frieden international zu organisieren und wies die Behauptung zurück, daß die Regierung dem Völkerbunde gegenüber nur eine lauwarme Haltung einnehme.

Französische Luftfahrt

Paris, 23. Okt. Der französische Luftfahrtminister General Denain hat dem „Excelsior“ eine Erklärung über das Luftgerüst von London-Orly zur Verfügung gestellt, in der er das von einem Teil der französischen Presse schon verurteilte Fernbleiben Frankreichs von diesem Wettbewerb mit dem Zustande der französischen Flugzeugindustrie entschuldigt und alsdann anführt, daß die französische Luftfahrtindustrie einer völligen Erneuerung unterzogen würde. Sie werde sehr bald wieder an der Spitze des Fortschritts stehen und sich bemühen, das im Verlauf eines großen internationalen Flugwettbewerbes zu beweisen, der unter der Leitung Frankreichs veranstaltet werden würde.

Hitlers Panduren

Die Ustaschi-Filiale des Nationalsozialismus

Berlin, 23. Okt. Je weiter man in der Veröffentlichung der kroatischen Terrororganisation Ustaschi zurückblättert, um so mehr enthüllt sich, daß Dr. Ante Pavelic in Berlin nicht nur sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, sondern daß er und seine Bande Geist vom Geiste Hitlers sind.

Nach dem heldenhafteu Februaraufstand der österreichischen Arbeiter schrieb das Zentralorgan der Ustaschi mit einer Phrasologie, die direkt dem „Völkischen Beobachter“ entnommen war: „Verlangen etwa die Interessen des österreichischen Proletariats, daß es das Leben im Interesse des kroato-italienisch-jüdischen Kapitalismus opfere?“ Während die Ustaschi das Marceller Attentat vorbereitete, brachte ihre Zeitung in der Nummer vom 15. August einen Artikel über die Bartholomäusnacht des 24. Juni, der den „Obersten Gerichtsherrn“ verherrlichte: „Hitler bewies übermalt“, heißt es in dem Artikel, „daß er nicht allein ein fast 100 Millionen zählendes Volk organisieren kann (die deutschsprachigen Einwohner Österreichs, der Schweiz, Elsas-Lotharingens, Polens usw. also eingerechnet) D. N., sondern es auch jeden Augenblick selbst unter den schwierigsten Verhältnissen, in seiner Hand zu behalten versteht und für dieses Volk nicht nur der Führer zu sein, sondern auch mit dem Segen des Volkes sein Gebieter“.

Es ist nicht überflüssig, auch an die Stellungnahme der deutschen Presse zu den früheren Bombenanschlägen, die auf das Konto der Ustaschi gelegt werden müssen, zu erinnern. Bei einer Gerichtsverhandlung gegen Ustaschi-Mitglieder in Jugoslawien wurde ermittelt, daß die Dolchmaschinen, die wiederholt auf den aus dem Ausland nach Jugoslawien fahrenden Schnellzügen gefunden, nicht nur aus Ungarn, sondern auch aus München stammten.

Die „Deutsche Freiheit“

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

muß man regelmäßig lesen

Bestellschein

Ich ersuche um regelmäßige Zusendung der „Deutschen Freiheit“

Name:

Strasse:

Ort:

..... den

Unterschrift

Verlag der „Deutschen Freiheit“

Saarbrücken 3 · Schützenstraße 5 · Postschliefloch 776

Frankreichs größte Partei Die Radikalsozialisten in Nantes

(Von unserem Korrespondenten)

A. Ph. Paris, den 20. Oktober 1934.

Das ganze innenpolitische Interesse gehört jetzt dem radikalsozialistischen Parteitag, der gestern in Nantes in Anwesenheit von annähernd 200 Delegierten aus dem ganzen Lande eröffnet worden ist. Die von Herriot geführte radikalsozialistische Partei ist nun einmal die härteste politische Organisation in Frankreich; in der Kammer zählt sie von allen Fraktionen die meisten Mitglieder, im Senat sind ihre Anhänger mit der Demokratischen Linken zu einer Fraktion vereinigt, die allein über die Mehrheit verfügt. Das allein besagt, welche Bedeutung den Entscheidungen des Parteitages im Augenblick zukommt, wo die von Doumergue angekündigte Verfassungsreform in allen politischen Lagern lebhafteste Rückwirkungen hervorruft.

Von der Stellungnahme des radikalsozialistischen Kongresses zu dem nur in groben Umrissen bekannten Reformprojekt wird das Schicksal dieses Planes abhängen, und damit auch das Schicksal der gegenwärtigen französischen Regierung. Wir haben an dieser Stelle bereits wiederholt dargestellt, welches die unkritischen Fragen sind, die nun bei den Verhandlungen in Nantes das größte Interesse beanspruchen.

33 Parteiverbände aus den verschiedenen Landesstellen sind in Nantes vertreten. Sämtliche 33 Bezirke haben in Entschliessungen ihren politischen Willen zu erkennen gegeben. Die große Mehrheit befürwortet Herriot ihr Vertrauen, aber sie bezieht in dieses Vertrauen nur unter allen Vorbehalten die Regierung mit ein. Einige Bezirke verlangen, mit der Bürgerfriedenspolitik Schluss zu machen, ja, sprechen sich sogar scharf gegen das Kabinett aus.

Die Bedeutung des Kongresses erkennt „Paris-Midi“ mit der Bemerkung an, alles hängt von seinen Entscheidungen ab. Für oder gegen den Willen von Tournefeuille (Doumergue — Die Red. der „D. N.“)

C. J. Signoux warnt in „Journée-Industrie“ davor, Nantes zu unterschätzen. Die dort gefassten Beschlüsse könnten wohl die nächste Zukunft der Regierung bestimmen.

„Matin“ erwartet, daß man in Nantes sich nicht nur für die Aufrechterhaltung des Bürgerfriedens aussprechen, sondern auch seine Verlängerung möglich machen werde. (Indem man sich zu Doumergues Verfassungsreform erklärt — Die Red. der „D. N.“)

Nachdem der Radikalsozialist Corru, der Berichterstatter für die Verfassungsreform auf dem Kongress, sich schon vor einigen Tagen für die Formulierung ausgesprochen hat: „Wir wollen erneuern, aber wir wollen keine Abenteuer“, fragt H. Gouton bedenklieh im „Progrès Libre“: „Wohin wird schließlich die radikalsozialistische Partei gehen?“

Herriot für Bürgerfrieden

Paris, 20. Okt. Die politische Lage könnte ernst werden! Dazu es verheimlichen? Von der Haltung des radikalsozialistischen Parteitages hängt das Schicksal des Kabinetts Doumergue oder — richtiger — des Bürgerfriedens ab. So schreibt „Petit Parisien“ in einer Betrachtung zu den Verhandlungen der Radikalsozialisten in Nantes. Aber trotz der fast einmütigen feindlichen Haltung gegen das Recht der Kammerauflösung scheint man eine Verständigung der erhitzen Gemüter zu erwarten, die es gelingen würde, einen Ausweg zu finden, durch den der Bruch des Bürgerfriedens vermieden werden könnte. Des Ernstes der Lage und der Schwere ihrer Verantwortung sind sich auch — nach den übereinstimmenden Berichten der Presse — die führenden Radikalsozialisten bewußt.

Das „Petit Journal“ hat Edouard Herriot nach dem ersten Verhandlungstag über seine Eindrücke befragt. Herriot meinte, es wäre sehr ungeschickt, ein so verwidertes Problem überhastet brechen zu wollen. Die Frage könne gewaltige politische Rückwirkungen haben und verdiene deshalb eine ruhige Prüfung. Man dürfe nicht unter dem ersten Eindruck handeln. Er habe keine besondere Ansicht und er wolle versuchen, sie durchzusetzen. Denn vielleicht könne man doch zu einer Annäherung der zunächst unvereinbar scheinenden Auffassungen kommen. Es wäre beispielsweise möglich, zu untersuchen, ob die Auflösung der Kammer nicht mit gutem Recht vorangetragen werden könnte, wenn in einer noch festzusetzenden Frist sich etwa ein oder zwei Ministerkrisen ereignen sollten. Es gebe Augenblicke, in denen das höchste Interesse gebiete, sich nicht durch die Erregung eines Augenblickes fortziehen zu lassen. Auf jeden Fall werde er alles tun, um den Bürgerfrieden zu erhalten. Auch Senator Chateaub, der die Kongressleitung übernommen hat, erklärt, daß man nicht unter einer verhängnisvollen Aufwühlung der Gemüter handeln dürfe. Deshalb müßten die Kongreßteilnehmer ein oder zwei Tage Zeit zur Befinnung haben, um Lösungen zugeführt zu werden, die, ohne von den Grundfragen etwas zu versetzen, doch den gegebenen Möglichkeiten Rechnung trügen und die Ordnung und den Frieden währten.

So viel scheint festzulegen, daß Herriot Zeit gewinnen will. Es tatsächlich unterdessen Sonderverhandlungen mit Ministerpräsident Doumergue aufgenommen werden, um ihn zum Entgegenkommen zu bewegen, wie der sozialistische „Poulaire“ in großer Schlagzeile ankündigt. Täht sich nicht feststellen, aber alles deutet darauf hin, daß man nach einem Auswege sucht. Erst am Samstag, wenn Herriot das Wort erhebt, wird man wissen, ob dieser Versuch von Erfolg gekrönt war.

10 000 in 10 Wochen

Hitler rast

Von KLAUS BREDOW

Fragen Sie in den Kiosken und Buchhandlungen nach. Falls die Broschüre am Ort nicht zu haben ist, liefert die Buchhandlung der „Volksstimme“, Saarbrücken, Bahnhofstraße 32, gegen Voreinsendung von 3,90 französischen Franken auf das Postscheckkonto Saarbrücken Nr. 619 Verlag der „Volksstimme“, Saarbrücken

BRIEFKASTEN

„Schweizer Post“, Na, lesen Sie: auf einem kleinen Halmweg sind Sie doch unserer Meinung geworden. Wir kennen eben diese Bande besser als Ihr neutrales Ausland.

Dr. Hönson. Sie schreiben uns: „Die „Deutsche Freiheit“ bildet den Hauptbestandteil meiner geistigen Nahrung. Ich werde Ihnen meine Hochachtung über Ihre Leistung aus; sie ist ein wahres Denkmal und verfolgt die armen, gedrückten und verfolgten Menschen reichlich mit allem Wohlwollen und vermindert dadurch die freilich großen Leiden der von der Hölle Vertriebenen. Ich habe oft das Blut verbrohtet und bin stets für weitere Verbreitung bemüht. In vielen Orten habe ich die Zeitung angelegt. Hitler ist auf der absteigenden Welle, die Freiheitsstrom wäscht und die Wahrheit wird liegen. Es lebe die Deutsche Freiheit!“

„Ewig Geheiger.“ Können Dank für Ihre Einwendung. Für solche Zeitungen sind wir immer dankbar.

Mehrere Schweizer. Ihr Vorschlag ist gut gemeint, würde aber doch wohl zu weit gehen und zu kostspielig werden. Die Eicherungen müssen im Vorausgehoit selbst getroffen werden.

„Eichkrüdenwinter.“ Sie machen uns darauf aufmerksam, daß laut einer Veröffentlichung des Instituts für Konjunkturforschung im kommenden Winter ein Rückgang auf Zweifelhafte erforderlich sei, die in den Verfahren hauptsächlich nur zu Futterzwecken verwendet worden seien. — Hier haben Sie wieder einmal einen klaren Beweis für die verurteilte marxistische Mißwirtschaft. Die verklärten Diktatoren ließ sie in den Kägen von Kindern und Schweinen verschwinden, nur um den deutschen Arbeitern den Genuß von Zweifeln vorzuenthalten. Das wird nun gottlob unter Hitler anders.

„Wohlfühler Beobachter“, Köln. Alfred Kerr hat Euch und Eurergleichen in der „Deutschen Freiheit“ eine satirische Antwort geschrieben. Jedes Wort ein Treffer. Das werden auch Eure Väter gefunden haben, denen Ihr einige Proben vorgelegt habt. Ihr ahnt ja gar nicht, wie das Volk über Euch denkt. Aber Ihr glaubt einen Sieg zu machen, indem Ihr vorbringt, man möge die „Emigrantenpresse“ nicht mehr auf dem Brücke anschließen. Eine geniale Idee, wenn sie auch von Dummköpfen kommt. Wir warten schon lange vergebens, daß Herr Wechsels aus Deutschland frei gibt. Da wir doch lauter Vögel verbreiten und Euch und Euren Hundstun alle Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um täglich und vieltausendfach zu widerlegen“, müßte doch die Nazipropaganda keinen schuldigeren Wunsch haben, als aus dem deutschen Volke im Original unserer Zeitung als abschreckendes Beispiel der marxistischen Journalistik vorzuführen. Es ist doch schade, daß Wechsels anderer Meinung ist als Ihr. Weht Euch doch Mühe, ihn zu bekehren. Für eine Millionenanzahl der „Deutschen Freiheit“ im Heilte garantieren wir.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann F. H. in Durbweiler; für Anzeigen: Otto Kubu in Saarbrücken, Notationsdruck und Verlag; Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5. — Schliefloch 776 Saarbrücken.

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

		im Monat	Zustellgebühr
Amerika	Dollar	1,—	0,50
Argentinien	Peso	3,—	1,—
Belgien	belg. Fr.	15,—	5,30
Dänemark	Kr.	3,70	2,30
England	sh	4,—	1,10
Frankreich	fr. Fr.	12,—	3,75
Holland	fl.	1,50	0,40
Italien	Lire	10,—	5,—
Luxemburg	belg. Fr.	15,—	5,30
Neubelgien	belg. Fr.	12,—	5,30
(Eupen-Malmedy)			
Oesterreich	(verboten)	—	—
Palästina	sh	4,—	1,10
Polen	(verboten)	—	—
Rumänien	Lei	90,—	30,—
Rußland	Rubel	1,—	—
Saargebiet	fr. Fr.	12,—	7,50
Schweden	Kr.	2,60	1,70
Schweiz	schw. Fr.	2,40	0,80
Spanien	Peseta	6,—	2,—
Tschechoslowakei	Kr.	30,—	5,50

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten